

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

71. Sitzung
1. Juni 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.54 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3243 [0314](#)
Gesetz zur Neuregelung des Gaststättenrechts im
Land Berlin WiEnBe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0256](#)
Notwendige Neuregelungen im Gaststättenrecht
Berlins WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22.09.2025
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0257](#)
Zusammenarbeit und Zukunftsausblick der WiEnBe
Entwicklung des Tourismus auf bezirklicher Ebene
– Vorstellung von Visit Berlin Goes Local
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0287](#)
Wie steht es um den Berlin-Tourismus? Auswertung, WiEnBe
Ausblick und Handlungsbedarfe für die
Tourismuspolitik
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0115](#)
Fonds Ökologischer Tourismus: was wird aus ihm, WiEnBe
wann kommt er und für wen ist er gedacht
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 03.06.2024

Hierzu: Anhörung

Zu der heutigen Anhörung haben wir dabei Herrn Meinert aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, den Leiter des Referats II E – E-Government für die Wirtschaft, Einheitlicher Ansprechpartner, Gewerberecht und Geldwäscheaufsicht, sowie Frau Sabanovic aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, die Leiterin des Referats II B – Unternehmensservice, Dienstleistung, Handwerk, Handel, Tourismus, Kreativ- und Medienwirtschaft. Sie begrüße ich auch. Sie stehen gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung.

Dann begrüße ich die Anzuhörenden. Wir haben heute das Maximale ausgeschöpft, fünf Fraktionen, fünf Anzuhörende. Es war nicht ganz einfach, das alles entsprechend zu regeln. Ich freue mich über diejenigen, die da sind. Ich begrüße Herrn Gerrit Buchhorn, Hauptgeschäftsführer, Hotel- und Gastronomieverband Berlin e. V. – DEHOGA Berlin – herzlich willkommen! –, Herrn Burkhard Kieker, Geschäftsführer, Berlin Tourismus & Kongress GmbH – herzlich willkommen, Herr Kieker! –, Herrn Georg Strecker, Vorstandsvorsitzender, Interessenverband der touristischen Attraktionen Berlins e. V. – INTOURA e. V – auch ein Willkommen an Sie! –, dann kurzfristig eingesprungen Frau Bezirksstadträtin Annika Gerold, Abteilung Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin – ein Willkommen an Sie! –, und Herrn Bezirksbürgermeister Martin

Hikel, Leiter des Geschäftsbereichs Bezirksbürgermeister, Bezirksamt Neukölln von Berlin – auch Ihnen ein entsprechendes Willkommen!

Dann gehe ich wie immer davon aus, dass es ein Wortprotokoll geben soll. – Dem wird nicht widersprochen, dann machen wir das so. Dann kommen wir zu den Begründungen, erst mal die Begründung zu TOP 2 a und 2 c durch die Fraktionen von CDU und SPD. Die Fraktion der CDU beginnt. – Herr Kollege Schaal, bitte sehr!

Lucas Schaal (CDU): Vielen Dank für die Möglichkeit, die Anhörung heute durchzuführen! Dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, freut uns wirklich sehr! Wir haben mit dem Gaststättengesetz ein tolles Vorhaben auf dem Weg, das wir in diesem Sommer noch abschließen wollen, wo wir – das wissen Sie alle – den Sprung aus dem Rechtssetzungsstand des Bundes aus dem Jahr 1970 in ein modernes Gaststättengesetz des Landes schaffen. Wir wollen vom Erlaubnis- auf das Nachweisverfahren wechseln. Wir wollen die Digitalisierung vorantreiben, den Digital-Only-Ansatz, den wir da drin haben. Wir schaffen die Sperrstunde ab. Das ist etwas, was auch zu Berlin passt, und wir wollen gerne erlauben, dass in Ausgevierteln im Außenbereich die Gastronomie länger betrieben werden kann, unter der Woche bis 23 Uhr und am Wochenende und vor Feiertagen bis 24 Uhr. Wir entschlacken weitere Vorschriften und Nachweise und sind eigentlich sehr zuversichtlich in der Sache, dass wir damit etwas richtig Gutes für Berlin hinbekommen, für die Gastronomen in unserer Stadt, die natürlich ein wahn-sinnig wichtiger Gewerbe- und Industriezweig sind, die hier Steuern zahlen, die unsere Stadt mit am Laufen halten und die natürlich auch Teil der Attraktivität unserer Weltmetropole sind, dass Menschen hierherkommen, aber dass auch Nachbarn und Anwohner hier gerne zusammensitzen, das Verbindende suchen. Das alles leisten Gaststätten in ihrer unterschiedlichen Ausprägung. Darauf sind wir sehr stolz, und deswegen diskutieren wir heute gerne mit Ihnen unseren Gesetzesentwurf und freuen uns auf die Ausführungen, wie Sie das bewerten, welche Verbesserungspotenziale Sie noch sehen und wie wir hier gemeinsam vorankommen. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Ich darf dann auch gleich für die SPD-Fraktion die Begründung machen.

Jörg Stroedter (SPD): Wir halten es für enorm wichtig, ein neues Gaststättengesetz für Berlin zu machen. Für das Bundesgaststättengesetz von 1970 ist es dringend erforderlich, dass in Ländern und einer Großstadt wie Berlin eine entsprechende Anpassung stattfindet. Wir finden es deshalb auch wichtig, weil die Wirtschaft unter Druck ist. Das muss man ganz klar sehen. Wir haben seit mehreren Jahren kein Wachstum. Das ist auch wieder eine Chance für die Wirtschaft, zusätzliches Wachstum zu generieren, wenn man mehr Zeiten in der Außengastronomie anbietet. Das Klima hat sich verändert. Das kann man natürlich positiv wie negativ sehen, aber positiv in dem Falle, dass Leute auch in Berlin gerne länger draußen sitzen. Wir sind manchmal nicht mehr so weit von den Temperaturen in Spanien und Italien entfernt, so dass es auch sinnvoll ist, die Öffnungszeiten in der Außengastronomie da entsprechend anzupassen.

Was unserer oder meiner Fraktion besonders wichtig ist, ist, dass das zentral geregelt wird. Wir haben heute auf Antrag zweier Fraktionen, nämlich der Linken und der SPD-Fraktion, zwei Vertreter aus den Bezirken da, denn wir wollen auf keinen Fall eine Lösung haben, bei der in jedem Bezirk eine andere Lösung gefunden wird und wo teilweise an Bezirksgrenzen auf der einen Seite der Straße die Regelung A gilt und auf der anderen Seite die Regelung B

und wo sich der einzelne Sachbearbeiter im Bezirksamt auch noch ausleben kann, wie er das entsprechend macht, sondern wir wollen eine klare zentrale Regelung haben auf der Basis der Ausgehviertel. Das halten wir rechtlich für wichtig, aber auch in der Sache für zwingend, weil es nur dann sichergestellt werden kann. Das heißt nicht, dass die SPD-Fraktion nicht die Bezirke einbinden möchte. Das ist ein Vorschlag der Fraktion von CDU und SPD. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wird sich natürlich mit den Bezirken in Verbindung setzen, um Dinge abzusprechen, aber am Ende legt dann die Senatsverwaltung das Ganze fest.

Wir wollen natürlich auch eine Entbürokratisierung. Wir wollen das Genehmigungsverfahren erleichtern, indem wir das teilweise auf eine Anzeigenpflicht umstellen. Auch das ist aus unserer Sicht heutzutage ein wichtiger Punkt. Das bedeutet aber nicht, dass die Kontrolle wegfällt. Die Kontrolle fällt nicht weg, was den Lärmschutz betrifft, und sie fällt natürlich auch nicht weg, was den Zustand und das Know-how eines Gaststättenbetreibers betrifft. Das sind nicht Dinge, die wir hier in irgendeiner Weise infrage stellen wollen.

Wir haben das heute mit dem Tourismusthema verbunden. Darauf haben wir uns überfraktionell geeinigt. Auch das ist ein ganz entscheidender Punkt. Erst mal hat ein neues Gaststättenrecht sowieso Einfluss auf den Tourismus, aber wir wollen natürlich auch wissen, wie der Tourismus sich in den Bezirken weiter fortsetzt und ausbildet. Auch da würde ich Sie bitten, in der Anhörung entsprechend dazu Stellung zu nehmen. Warum wir das jetzt zusammen machen, will ich auch von meiner Fraktion aus sagen, liegt ein bisschen auch daran, dass sich die Wahlperiode dem Ende nähert und wir sehen müssen, wie wir bestimmte Dinge noch zusammenfassen, damit wir eine Chance haben, das insgesamt auch noch inhaltlich in der Diskussion abbilden zu können. Das soll es von der SPD-Fraktion als Begründung sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich komme dann wieder als Ausschussvorsitzender zu Punkt 2 d, nämlich die Begründung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und das macht Kollege Schwarze. – Bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Sie haben es gerade richtig ausgeführt. Wir haben hier letztendlich zwei Anhörungen in einer. Beide Themen sind groß genug, dass sie eine eigene verdienen, aber die Legislatur ist nun mal da wo sie ist. Mit Blick nach vorne hat das vielleicht auch Vorteile. Letztendlich ist es so, dass beides wiederum ineinander verwoben ist. Das kann man nicht abstreiten. Dass das Gaststättengesetz auf den Bereich Tourismus Einfluss hat, weil natürlich die Touristinnen und Touristen auch Gaststätten besuchen, liegt auf der Hand, und ich glaube, das braucht keiner größeren Erklärung.

Ich fange mit dem Gaststättengesetz an dieser Stelle nicht an. Dazu kommen wir später, denn ich begründe unseren Besprechungspunkt, und der bezieht sich auf das Thema Tourismus. Ich nehme an dass ich gleich beide Besprechungspunkte, die auf der Tagesordnung stehen, in einem abräume, oder sollen wir die einzeln aufrufen?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Nein, Sie können beide abräumen!

Julian Schwarze (GRÜNE): Wunderbar! Denn der Zweite, wo es um das Protokoll der Anhörung zum ökologischen Tourismus geht, geht sehr schnell. Er ist im Haushalt durch die Koalition gestrichen worden. Das ist, glaube ich, ein Ergebnis, das wir alle kennen, das wir

sehr bedauern, und damit sind wir wieder am Anfang meiner Rede. Es ist vielleicht ganz gut, dass diese Legislatur zu Ende ist und wir dort dann in der nächsten vielleicht darüber reden, wie er dann wieder ausgestaltet wird.

Nun aber zum Thema Tourismus: Das ist eines der wichtigsten Wirtschaftsbereiche dieser Stadt. Das wissen wir in diesem Ausschuss hoffentlich alle. Sehr viele Arbeitsplätze hängen davon ab. Es ist ein erheblicher Faktor, wie sich diese Stadt im Kulturbereich, im Stadtentwicklungsbereich entwickelt. Es hat auch Auswirkungen auf die Arbeitswelt vieler Menschen, und dementsprechend ist es sehr richtig und wichtig, dass wir uns in diesem Ausschuss regelmäßig damit befassen und ein Update geben und daraus dann hoffentlich auch politische Schlussfolgerungen ziehen. Der Berliner Tourismus, an dieser Stelle, heute im Juni 2026, steht an einem kritischen Punkt, da er sich vor einigen Entscheidungen oder den Ergebnissen einiger Diskussionen entwickelt. Wir erleben, dass die Tourismuszahlen einerseits sinken, und andererseits erleben wir eine Debatte in der Stadt und in der Welt, die die Frage aufkommen lässt: Welche Attraktivität hat Berlin? Dabei geht es nicht darum, diese Stadt schlecht zu reden, mitnichten, das würde mir als Berliner auch nicht in den Sinn kommen, aber es geht ehrlich darum, zu fragen: An welchen Stellschrauben müssen wir drehen, damit wir diesen wichtigen Bereich für diese Stadt wieder in die richtige Richtung lenken? Wir haben in der Vergangenheit sehr häufig über nachhaltigen Tourismus gesprochen, das geht auch nicht weg, aber vor allen Dingen müssen wir jetzt darüber reden, wie dieser Tourismus weiter seine Bedeutung behalten kann, ohne dass wir ihn nur von der Quantität her betrachten. Die brauchen wir einerseits, aber wir dürfen an der Debatte von sinkenden Zahlen nicht den Fehler machen, nur darüber zu reden, die müssen wieder auf das gleiche Niveau, sondern wir brauchen eine Qualität im Tourismus. Wir müssen uns aber auch ehrlich die Frage stellen: Woran liegt es?

Eine Sache, die in den letzten Monaten sicherlich nicht sehr gut war, und das hat auch Herr Kieker jüngst in einem Zeitungsinterview, heute, glaube ich, sogar gesagt, waren die Debatten über Kürzungen im Kulturbereich. Ein Großteil der Touristinnen und Touristen kommen wegen der Kultur in dieser Stadt, und deswegen finde ich es sehr gut, dass wir neben visitBerlin auch Herrn Strecker von INTOURA da haben, da Sie als Vertreter auch für die Attraktionen sprechen können, die maßgeblich ein Bild davon bekommen, wie die Stimmungslage ist. Das ist, glaube ich, auch ein Ziel dieser Anhörung, über diese Stimmungslage einerseits miteinander zu sprechen und auch zu überlegen: Wie bekommen wir es hin, dass wir Berlin weiterhin als attraktive Stadt in der Welt haben und an den Punkten arbeiten, wo andere Städte uns überholen?

Vielleicht noch eine Anmerkung an dieser Stelle: Es wird viel über sportliche Großevents gesprochen, und in dem Zusammenhang schaut man immer sehr gerne nach Paris. Paris hat viele Jahre damit verbracht, die Stadt systematisch umzubauen und erlebt gerade einen Boom an Besucherinnen und Besuchern.

Berlin hat in diesem Bereich zuletzt an Attraktivität eingebüßt. Das, glaube ich, ist auch ein Punkt, warum Menschen hierher reisen oder eben nicht mehr kommen. Hinzu kommt die Frage, wie es uns gelingt, die Bereiche zu stärken, die diese Stadt attraktiv machen. Da sind wir wieder bei dem Punkt Kultur und Attraktionen, und dementsprechend freue ich mich sehr über die Debatte und die Beiträge. Ich bin sicher, dass wir in einen vielleicht kontroversen, aber hoffentlich produktiven Austausch gehen, wo am Ende durchaus Pfade stehen, wo wir dann wieder besser werden können.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich wollte nur mal formal darauf hinweisen, Herr Schwarze, weil Sie das eben noch mal angesprochen haben: Festgelegt ist es für TOP 2 b, das betraf die Koalition, und für 2 e hätte es formal keine Begründung mehr gegeben – wir haben es trotzdem jetzt gemacht –, weil es die schon mal gegeben hat. Das sind Auswertungen der Anhörung. Ich fand es jetzt richtig, dass Sie das gemacht haben, und wir haben das auch gemacht. Ich wollte es nur noch mal erklären, weil Sie die Frage gestellt haben, wie die Handhabung ist.

Dann haben wir die Begründungen alle abgearbeitet und können zu den Anzuhörenden kommen. Es ist so, dass wir hier so eine Grundregel haben, dass Ihnen fünf Minuten zur Verfügung stehen und Sie diese bitte möglichst nicht überschreiten. Das heißt aber nicht, dass Sie hier nur fünf Minuten reden, sondern dann kommt die Fraktionsrunde, und dann werden viele Fragen gestellt. In der zweiten Runde können Sie viel länger antworten, weil Sie dann erst mal das beantworten und Dinge, die Sie in der ersten Runde noch nicht untergebracht haben, noch einbringen können. Das vielleicht als Hinweis. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie das so machen. Wir machen das wie immer in alphabetischer Reihenfolge, und Herr Buchhorn, Sie sind der Erste mit Ihren fünf Minuten Eingangsstatement. – Bitte sehr!

Gerrit Buchhorn (DEHOGA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Staatssekretär Fischer! Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung an die Abgeordneten, dass ich dabei sein darf! Ich fange ganz kurz mit dem Gaststättengesetz an, Herr Schaal hat es schon gesagt und die anderen Kollegen auch: Tourismus, Gastgewerbe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit über 80 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, einem Beschäftigungseffekt von 250 000 trägt das Gastgewerbe einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Berlins bei. Umso wichtiger ist es, dass diese Unternehmerinnen und Unternehmer, die täglich ihren Beitrag hier leisten, von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind übrigens auch Bürger dieser Stadt, genauso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das darf man nicht vergessen. Es wird manchmal, glaube ich, vergessen, dass auch die hier wohnen und tagtäglich zur Arbeit gehen. Das möchte ich an dieser Stelle noch mal sagen.

Dieses Gaststättengesetz ist aus unserer Sicht ein wichtiger Beitrag, den Rechtsrahmen zu modernisieren, aber auch hin zu mehr Digitalisierung, das ist ein Ziel, das Sie verfolgen, und dementsprechend gehen wir davon aus, dass das alles viel schneller gehen wird und somit der Unternehmer frühzeitiger und schneller seinen Betrieb öffnen, Geld verdienen, Steuern und Mitarbeiter bezahlen kann, also viele positive Dinge, die damit einhergehen. Brandenburg hat das übrigens schon seit 2008, vielleicht nicht ganz so digital, wie wir das hier in Berlin haben werden, aber da können die sich dann von uns sicherlich eine Scheibe abschneiden.

Positiv erwähnen möchte ich den Beteiligungsprozess, der im Vorfeld stattgefunden hat. Jeder Bezirk, die zuständigen Senatsverwaltungen, aber auch die Verbände hatten die Möglichkeit, sich dort einzubringen, ihre Sichtweisen auf dieses Gesetz einzubringen, und das muss man wirklich an der Stelle mal positiv hervorheben. Wir würden uns an anderen Stellen auch wünschen, dass das so passiert, und ich glaube, jeder Bezirk, jeder Verband und jede Verwaltung hatten genug Gelegenheit, im Vorfeld Input zu geben, und das ist in gewisser Weise in dieses Gesetz eingeflossen.

Wichtig ist natürlich, wenn dieses Gesetz – es kann sein, dass es noch nachjustiert wird, das wissen wir noch nicht – fertiggestellt ist, dass dann die Dinge, die enthalten sind, auch konsequent eingehalten werden, sowohl von den Unternehmerinnen und Unternehmern, aber auch nachvollziehbar durch die Bezirke. Ein besonders wichtiger Punkt ist für uns dabei die Stärkung der Außengastronomie. Wir hätten uns sicherlich gewünscht, dass das für alle gilt. Das ist ein Kompromiss mit den Ausgevierteln. Man muss auch mal Kompromisse eingehen. Ich gehe davon aus, dass die Senatsverwaltung für Wirtschaft da die richtigen Entscheidungen trifft. Gerne können Sie uns da einbeziehen. Auf jeden Fall ist das für eine Weltstadt der richtige Schritt zu mehr Möglichkeiten in der Außengastronomie, und das begrüßen wir sehr.

Was uns noch wichtig ist, das ist immer ein Thema, das dann in den Bezirken hochkommt: Da beschwert sich einer, und der legt dann gefühlt ganze Straßenzüge lahm. Dieses ganze Thema Beschwerdelage – es steht ein Passus im Gesetz zum Thema Beschwerdelage – muss man sich wirklich ganz genau anschauen, denn ich glaube, es ist wichtig, dass man hier ein bisschen den Rahmen vorgibt, was das denn bedeutet. Wenn einer sich beschwert, kann es nicht sein, dass dann wirtschaftliche Existenzen beeinflusst werden. Von daher, diesen Punkt mit der Beschwerdelage sollte man sich wirklich noch mal ganz genau anschauen.

Die Übergangsfristen sind auch noch ein Thema gewesen. Die haben Sie aber jetzt, zum Beispiel bei der Toilettenregelung, auf zehn Jahre erhöht, was ich sehr gut finde, denn die bisher Anzeigepflichtigen müssen irgendwann Toiletten vorhalten, wenn sie eine bestimmte Größe erhalten. Ansonsten finden wir den Ansatz sehr gut und würden es sehr begrüßen, wenn dieses Gesetz dann auch in die Umsetzung kommt oder nächstes Jahr realisiert wird, und wenn weitere Gespräche anstehen, stehen wir natürlich gerne zur Verfügung.

Die touristische Lage: Das Feedback aus unseren Betrieben könnte auf jeden Fall wesentlich besser sein. Die Auslastung der Betriebe ist geringer als in den letzten Jahren. Wir hatten letztes Jahr nur 29 Millionen Übernachtungen in dieser Stadt. Das ist deutlich weniger als das Jahr davor und natürlich deutlich weniger als 2019. Da gibt es noch einiges zu tun. Die Punkte sind bekannt: Messen, Kongresse, Veranstaltungen, Flughafen. Darüber haben wir schon ein paar Mal gesprochen. Daran müssen wir konsequent arbeiten, um die Auslastung der Betriebe wieder deutlich zu erhöhen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann machen wir mit Frau Bezirksstadträtin Gerold weiter. – Bitte sehr, Sie haben das Wort!

Bezirksstadträtin Annika Gerold (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung! Ich werde mich in meiner Stellungnahme nur auf das Landsgaststättengesetz beziehen. Ich würde gerne erst mal ganz grundsätzlich anfangen, weil es in den vergangenen Wochen schon viel Berichterstattung zu dem Thema und zu der

Perspektive der Bezirke gegeben hat. Wir müssen hier im Bereich der bezirklichen Betroffenheiten aus meiner Sicht auch Dinge unterscheiden, und darauf würde ich gleich eingehen.

Zum einen bin ich Bezirksstadträtin in Friedrichshain-Kreuzberg, und ich glaube, jeder, der Friedrichshain-Kreuzberg kennt, weiß, dass wir ein sehr gastronomie- und ausgehfreudiger Bezirk sind, und das ist ein Geist, den das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg natürlich so trägt. Deswegen ist es mir und uns ein Anliegen, dass bei uns die Gewerbetreibenden, die Gastronomiebetriebe, gute Bedingungen vorfinden. Gerade mit Blick beispielsweise auf die Außengastronomie ist es so, dass wir heute in der Praxis gemeinsam mit Anwohnerinnen und Anwohnern, aber auch den Gewerbetreibenden auch ohne diese sogenannten Ausgehviertel häufig schon die Regelung haben, dass auch nach 22 Uhr die Außengastronomie noch stattfindet. Das ist im Übrigen nicht der Punkt, die Uhrzeit der außengastronomischen Regelungen, die aus meiner Sicht generell kritikwürdig sind, sondern vielmehr interessiert mich oder interessiert die betroffenen Bezirke – diese Frage ist bisher nicht beantwortet worden –, wer die Ausgehviertel definiert, vor allem, nach welchen rechtsicheren Kriterien diese definiert werden, und wie sich das dann mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung verhält. Wir haben heute schon nach 22 Uhr im Einvernehmen die Möglichkeit, wenn keine Beschwerdelage vorliegt, die Außengastronomie zuzulassen, und dieser Vorschlag der Unterteilung in Ausgehviertel/nicht Ausgehviertel würde aus unserer Sicht teilweise recht willkürliche Grenzen ziehen und zu einer Ungleichbehandlung führen, sowohl der Bewohnerinnen und Bewohner als auch der Betriebe in den Ausgehvierteln oder eben dann nicht mehr in den Ausgehvierteln.

Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, generell ein Landesgaststättengesetz zu schaffen, und ich bedanke mich ebenso für den Prozess. Auch das Thema der Digitalisierung kann natürlich noch stärker hervorgehoben werden.

Jetzt komme ich aber zu den Kritikpunkten, die im Verfahren, in der Beratung in den betroffenen RdB-Fachausschüssen sehr einheitlich vorgetragen worden sind. Ich bin Mitglied im Fachausschuss für Inneres und Verkehr, und da sind die Kritikpunkte der Bezirke bezirksübergreifend eindeutig gewesen. Der erste Punkt ist, dass sich mit der Veränderung vom Genehmigungsverfahren auf ein Anzeigeverfahren sowohl bei der Gewerbeanmeldung als auch beim Thema Immissionsschutz, die Beweislast umkehrt. Es wird zu einer Beweislastumkehr, und es führt zu neuen Fragen und neuen Risiken für die Gewerbetreibenden. Heute sind im Zusammenhang mit der Gaststättenerlaubnis das Gewerbeamt, das beim Ordnungsamt ist, und die Umwelt- und Naturschutzämter beteiligt, und die Umwelt- und Naturschutzämter haben die Möglichkeit, präventive Auflagen gerade mit Blick auf den Immissionsschutz zu erteilen, damit das gleich bei Inbetriebnahme der Gaststätte schon berücksichtigt werden kann. Wenn das wegfällt und wir lediglich noch eine Anzeige nach dem Immissionsschutzgesetz haben, wo dann die Bezirke unter Zeitdruck geraten, gegebenenfalls reagieren zu können, kommen wir, wie gesagt, in diese Beweislastumkehr. Wir können dann erst bei Beschwerden reagieren und müssen den Lärm mit Messungen beweisen, wenn Beschwerden vorliegen. Heute haben wir die Möglichkeit, das anhand von Modellberechnungen präventiv zu machen. Gleiches Risiko, das aus unserer Sicht auch noch entstehen kann, ist, wenn im Betrieb festgestellt wird, dass gegen geltendes Recht verstoßen wird. Dann ist es für den Betrieb ein Risiko, wenn dann gegebenenfalls nachgesteuert werden muss. Das aktuelle Verfahren ermöglicht, dass wir die Gewerbetreibenden bestmöglich beraten und ihnen auch sagen können, welche Unterlagen sie gegebenenfalls noch an welcher Stelle einholen müssen. Auch das würde dann entfallen.

Der letzte Punkt, den ich noch ganz kurz machen möchte, ist, dass mit dieser Verschiebung hin zu Mehraufwand auch in den Umwelt- und Naturschutzämtern, wie wir befürchten, das Thema der Konnexität bisher nicht ausreichend im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt worden ist, denn es würde aus unserer Sicht zu personellem Mehraufwand führen. Ansonsten habe ich gehört, dass von der Senatorin angedacht ist, noch mal eine gemeinsame Runde zu machen, was ich natürlich begrüßen würde. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann Herr Bezirksbürgermeister Hikel als Nächster.

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Vielen Dank! – Vielen Dank, dass ich dazu Stellung nehmen kann. Ich möchte jetzt Punkte, die die Kollegin Gerold genannt hat, gar nicht zwingend wiederholen. Die hätte ich sonst hier auch noch an der Stelle genannt, beispielsweise das Thema Anzeigenpflicht. Das Modell zur Anzeigenpflicht vom Genehmigungsprozess her zu verändern, den umzumodellieren, ist etwas, das in der Verwaltungspraxis durchaus Fragen aufwirft, das entsprechende nachgelagerte Kontrollen betrifft, inwiefern das personell leistbar ist. Die Frage ist aber auch, was wir aktuell nicht abschätzen können, wie hoch diese entsprechende Beschwerdelage sein wird, wie viel Mehraufwand tatsächlich netto am Ende entsteht. Da sind die Befürchtungen der Bezirke wahrscheinlich durchaus ernst zu nehmen. Sie müssten sich aber in der Praxis logischerweise beweisen, wenngleich ich aus einer wirtschaftspolitischen Sicht und der Rückmeldung der bezirklichen Gastronomen zurückmelden kann, dass insbesondere in einer Stadt wie Berlin, wo viel Gastronomie den Tourismus und die wirtschaftliche Struktur unserer Stadt ausmacht, ein zeitgemäßes Gaststättengesetz herzustellen, sehr zu begrüßen ist.

Darum ist ein Prozess hin zu einer Anzeigenpflicht zu begrüßen, gerade für kleinere Unternehmen, die oftmals im Genehmigungsverfahren selbst erhebliche Ressourcen aufwenden müssen, um im Vorfeld umfangreiche Untersuchungen machen zu lassen und so weiter, darum eventuell von Genehmigungen oder Gründungen absehen und darum auf dem Markt momentan gar nicht den gleichen Platz finden, wie es vielleicht größere können, die entsprechende Ressourcen im Genehmigungsprozess haben. Daher ist es gerade für kleinere Unternehmen durchaus vorteilhaft, hier im Grundsatz erst mal auf dem Anzeigeverfahren umzustellen, was dann durchaus die wirtschaftliche Vielfalt in der Stadt stärken kann. Es macht ein Stück weit unsere Wirtschaft und gerade die Gastronomie in der Stadt aus, dass wir von vielen kleinen Kiezkneipen leben und nicht von großen Franchiseunternehmen, die das relativ einfach nebenbei machen. Daher ist das durchaus aus einer wirtschaftspolitischen Sicht ein Benefit, den man, glaube ich, nicht verschweigen sollte, und der gerade in einem Bezirk wie Neukölln, der im Norden von vielen kleinen Gastronomen, von vielen kleinen Cafés und Kneipen, lebt, durchaus eine Erleichterung ist.

Es ist es auch zu begrüßen, dass im aktuellen Entwurf, wenn entsprechende Anzeigen an die genehmigungspflichtigen Behörden weitergeleitet werden, damit dort eventuell frühzeitig Hinweise gegeben werden können – Die Frage ist, wie viele Anzeigen es geben wird, wie viele Prozesse dadurch automatisch losgetreten werden und wann der Betrieb tatsächlich in Betrieb gehen kann. Da wäre es wichtig – den Hinweis möchte ich geben –, dass in der Kommunikation im Rahmen eines Anzeigeverfahrens nicht automatisch der einfache Betrieb nach sechs Wochen losgehen kann, weil eventuell noch Hinweise aus den Genehmigungsbehörden aus den Bezirken kommen können, sodass nicht ein falscher Eindruck erweckt werden

kann. Ich glaube, das ist am Ende eine Frage der Ausführung in der Kommunikation mit den Gastronomen und den Gaststätten. Ich glaube, das wäre aber wichtig, aber, wie gesagt, das ist erst mal niedrigschwelliger und darum sehr zu begrüßen.

Ich möchte auch sagen, dass das Thema Ausgehviertel im Grundsatz ein Prozess ist, den wir gut finden und den ich sehr gut finde, weil das ein Stück weit Klarheit gibt, weil momentan die Bezirke das gerade geschilderte freizügige Zulassen von Außengastronomie nach 22 Uhr sehr uneinheitlich wahrnehmen und es Bezirke gibt, die dort sehr liberal vorgehen und sagen: Wo kein Kläger, da kein Richter, dann kann länger außen bestuhlt werden. – Andere Bezirke machen es anders. Es für die Betreiberinnen und Betreiber oftmals nicht zwingend transparent, gerade wenn man an einer Bezirksgrenze ist und dann vielleicht sieht: Nebenan kann der Laden noch ein paar Stunden länger offen haben, und ich muss aber schon um 22 Uhr die Stühle hochklappen und reinfahren. – Das ist ein Umstand, der aus Sicht der Wirtschaft vermutlich eher intransparent und wenig nachvollziehbar ist. Darum ist der Prozess zum Ausgehviertel im Grundsatz ein zu begrüßender. Spannend wird die Umsetzung und auch die Identifikation der entsprechenden Ausgehviertel, denn dann werden praktische Fragen aufkommen, die bei uns schon angekommen sind. Wenn die Weserstraße ein Ausgehviertel wird, das war in der Presse zu lesen, was machen dann die Gastronomen, die in der Pannierstraße kreuzen, eigentlich zum ähnlichen Gebiet gehören, vielleicht auch zum Ausgehviertel gehören wollen, aber weil sie ihre Adresse in der Pannierstraße haben, das nicht dürfen, obwohl vielleicht der Umstand der gleiche ist. Das wird noch etwas für die Praxis sein, worüber wir reden müssen, damit dort kein Gefühl der Ungleichbehandlung oder ein Ungerechtigkeitsgefühl provoziert wird, denn mein Eindruck war, dass es in den betroffenen Gebieten eher ein größeres Interesse gibt, Teil des Ausgehviertels zu sein, als es nicht zu sein, und da muss man vermutlich eine transparente Linie in der Umsetzung entwickeln. Das wäre ein wichtiger Hinweis.

Ich habe nicht auf die Uhr geguckt, würde aber vielleicht zum Schluss sagen, dass die Bedenken der Bezirke an der Stelle nicht wegzuwischen sind. Die Bezirke sind darum im Rat der Bürgermeister mehrheitlich zu einer Ablehnung des Gesetzes gekommen. Man kann aber aus den genannten Gründen sagen: Das sind Punkte, die nachzubessern sind, die in der Ausführung zu berücksichtigen sind und darum auch zu klären sind, und man kann trotzdem das Ganze im Grundsatz gut finden. Dafür würde ich hier plädieren, weshalb es aus Sicht des Bezirks Neukölln durchaus ein Fortschritt ist, weil es gerade für die kleinen Betriebe und Kleinunternehmen im Norden des Bezirks eine erhebliche Erleichterung darstellen kann, was zu begrüßen ist, und auch eine Einheitlichkeit im Land Berlin herstellt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Stellungnahme! – Dann kommen wir als Nächstes zu Herrn Kieker. – Bitte, Herr Kieker!

Burkhard Kieker (Berlin Tourismus & Kongress GmbH): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank! – Zum Gaststättengesetz kann ich mich wesentlich dem anschließen, was Herr Bürgermeister Hikel gesagt hat. Je weniger bürokratisch und je niedrigschwelliger, desto bunter und interessanter wird die Stadt. Das ist das alte Thema, das wir als Berliner akzeptieren müssen, dass wir eine Weltstadt sind, dass wir das Schaufenster Deutschlands sind, was auch mit gewissen Pflichten einhergeht, zum Beispiel einem entsprechenden Nachleben. Das soll nicht heißen, dass man nicht zu einem Ausgleich kommen muss mit den berechtigten Interessen der Anwohner. Auch daran kann man arbeiten. Aber insgesamt finde ich

eine Liberalisierung unseres Gaststättengesetzes, die Anpassung an die Zeiten, in denen wir leben, sehr sinnvoll, gerade bezüglich des Themas, Herr Schwarze hat es gerade schon mal angedeutet: Ist Berlin over? –, das diskutiert wird, übrigens mehr in Berlin als außerhalb. Dazu kann ich auch gerne noch etwas sagen. Ist Berlin over? – Wir müssen selbst aufpassen, dass es nicht durch Gesetzgebung und durch die Art, wie wir miteinander umgehen, over ist.

Es wurde nach – wenn ich es richtig verstehe, soll ich dazu gleich Stellung nehmen – unserer bezirklichen Arbeit gefragt. Genau darum geht es. Es geht darum, dass wir durch die sechs Bezirksbetreuer, die wir seit 2018 nach dem Tourismuskonzept, das damals verabschiedet wurde, als Kolleginnen und Kollegen bei uns haben, versuchen, die einzelnen Bezirke zu beraten, ihre Attraktivität zu steigern, sie besser, wenn man so will, an den Markt zu bringen, auf Deutsch, Marketing für sie zu machen, aber auch die Problemzonen zu erkennen und zu versuchen, daran zu arbeiten. Das macht visitBerlin mit vielfältigen Marketingaktionen, zuletzt, das haben Sie vielleicht mitbekommen, mit BerlinPay, wo wir unsere Gäste auffordern, mit uns gemeinsam die Stadt sauber zu halten, und wer da Spaß daran hat – es ist kein Zwang, Zwang ist immer schlecht –, wird dafür belohnt von Attraktionen dieser Stadt. Ich hielt das PR-mäßig für Gefährdungsgeiz, aber das hat uns ganz große positive Aufmerksamkeit in Europa gebracht, insofern eine sehr gute Aktion.

Das Gleiche gilt, dass wir versuchen, kleine Manufakturen in den Kiezen nach vorne zu bringen. Nicht überall Zara bitte, sondern auch den kleinen Berliner Schneider. Auch das läuft hervorragend. Das sind so die Aktivitäten. Ich könnte noch eine ganze Weile reden, das würde meinen Zeitrahmen überfordern, was wir da tun.

Ich glaube, die Frage, die Sie interessiert, ist: Wo steht Berlin? Was ist der Grund, warum sich Berlin relativ langsam vom Coronaschock erholt? – Da gibt es ein ganzes Bündel, das ist oft diskutiert worden, von Dingen. Wir sehen, dass insbesondere unsere großen Benchmarkstädte, mit denen wir uns messen, schneller vorankommen, London, Paris, New York, Amsterdam, obwohl die eigentlich gar keine Touristen mehr haben wollen. Die haben ein aktives Touristenbekämpfungsprogramm. Das hilft ihnen nichts. Die Leute kommen trotzdem. Wir liegen ungefähr noch 4,3 Millionen, 4,5 Millionen Übernachtungen unter dem Allzeithoch von 2019. Wenn Sie das volkswirtschaftlich umrechnen, ist das ein erheblicher Verlust.

Was wir von unseren Partnern hören, von den Attraktionen, dazu wird Herr Strecker gleich noch etwas sagen, aber auch von den Hotels, gibt es ein gemischtes Bild. Viele von denen waren in der Lage, auch durch höhere Preise weiter auskömmlich zu wirtschaften. Berlin ist heute insgesamt 33 Prozent teurer, als wir das 2019 waren. Damit ist auch das Thema, die Weltstadt, die nicht die Welt kostet, in gewisser Weise erledigt. Also dieser USP ist in der Form nicht mehr vorhanden, wenngleich übrigens alle anderen auch teurer geworden sind. Nach wie vor ist Berlin vom Preisniveau, wir untersuchen das jedes Jahr aufs Neue, ein verlängertes Wochenende immer noch 40 Prozent, 50 Prozent, teilweise 60 Prozent, wenn Sie sich Paris anschauen, günstiger, vor allen Dingen durch die günstigen Hotelpreise, als das in Paris oder London der Fall wäre.

Zum Thema Berlin-Bashing: Wie sieht uns die Welt? – Da ist mein Eindruck, dass wir uns in erster Linie selbst in den Fuß schießen, mit steigender Begeisterung in der Stadt. Hier herrscht im Moment keine gute Stimmung. Wenn Sie nicht gerade Neue Züricher lesen, die auch gerne schießt, weil sie einen miesepetrigen Korrespondenten in der Stadt haben, sobald Sie reisen

und unterwegs sind, merken Sie, dass der Ruf von Berlin komplett ungebrochen ist. Das ist mein letzter Auftritt hier bei Ihnen. Nach 17 Jahren höre ich bei visitBerlin auf, und ich habe versucht, mir einen wirklich unverstellten Blick zu bewahren und nicht Dinge so zu sehen, wie ich sie vielleicht gerne sehen würde. Nach wie vor, wenn wir in Indien sind, wenn wir in den Vereinigten Staaten sind, ist der Ruf von Berlin als Stadt der Freiheit, der Toleranz, wo man neue Trends bewundern kann, wo man einen völlig neuen Blick auf Deutschland bekommt, völlig ungebrochen.

Wir machen gelegentlich Fehler wie diese Kulturdebatte. Das war nicht die Politik, sondern meines Erachtens die Kultur selbst, die zu laut lamentiert hat, und wir müssen jetzt im Ausland ständig erklären, dass in Berlin nicht die Lichter ausgehen, das ist Thema, oder die Clubcommission, die inzwischen alles richtig macht, aber die hat eine Weile ihren eigenen Untergang herbeigeredet durch Clubsterben und so weiter, dass die Leute denken: Ja, irgendwas muss ja da sein. Kann man da noch hinfahren? – Ich warne davor, diese Probleme aus Partikularegoismus so breitzutreten, sondern das, wie man so sagt, in der Familie, hier unter uns, zu regeln. Deswegen sitzen wir auch heute unter Umständen zusammen. Es gibt Dinge, die müssen geregelt werden, aber Berlin ist der Sitz der Weltpresse, wenn Sie so wollen. Alle großen Medien haben hier Korrespondenten, die suchen Themen, und wenn wir uns ständig selbst kasteien, dann ist das ein gefundenes Fressen für die.

Das große Thema, ich brauche es hier nicht anzusprechen, ich habe es schon oft genug erzählt, es ist vielleicht auch schon ein bisschen ermüdend: Für mich ist die Frage, wie wir von einer Stadt, die 1990, das war die erste Zahl, die wir erheben konnten, 7,5 Millionen Übernachtungen hatte, die völlig zerrissen war, mentalitätsmäßig, wirtschaftlich im Niedergang damals, mit 7,5 Millionen Übernachtungen quasi nicht existent war auf der touristischen Landkarte, überhaupt so weit kommen konnten, nämlich mit über 30 Millionen Übernachtungen immer noch Numero 3 in Europa zusammen nach London, nach Paris und zusammen mit Rom. Rom holt auf. Achtung! Es kann sein, dass die uns bei Gelegenheit wieder überholen. Darauf waren wir so lange stolz. Warum überholt uns Rom? – Weil sie beste Bedingungen für Point-to-Point-Airlines hat. Die Maschinen, die Ryanair und easyJet abziehen, landen meistens in Mailand oder Rom und füllen dort die Betten und bringen die Menschen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Kieker, darf ich Sie mal auf die Uhrzeit hinweisen?

Burkhard Kieker (Berlin Tourismus & Kongress GmbH): Das war es.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Prima! – Dann kommen wir zum Abschluss zu Herrn Strecker. – Bitte sehr!

Georg Strecker (INTOURA): Vielen Dank, auch, dass ich hier heute mal das Wort ergreifen darf! – Es wurde schon vieles gesagt. Herr Kieker hat eben jede Menge zutreffende Dinge angesprochen, deswegen möchte ich darauf jetzt nicht noch weiter eingehen. Ich vertrete die Klientel – ich nehme an, das ist hier in der Runde bekannt – der privat betriebenen touristischen Attraktionen Berlins. Da muss man jetzt erst mal sagen, Berlin selbst hat natürlich viele touristische Attraktion, Brandenburger Tor, Siegessäule, die stehen da, kosten noch nicht mal Eintritt, aber es gibt auch viele, die eher staatlich mehr oder weniger stark gefördert werden, sagen wir mal Museumsinsel, die drei Opernhäuser, Friedrichstadt-Palast, wie sie alle heißen. Wir vertreten die privaten Anbieter, also auch eine Reihe Museen, Samurai Museum, DDR

Museum, Spionage Museum, auch das neue Deutschland Museum, und unsere Mitglieder reichen bis hin zum Cirque Du Soleil neuerdings, Christmas Garden, Berliner Unterwelten, Sightseeing-Busanbieter, STERN + KREIS und so weiter.

Aus Sicht der Klientel von INTOURA sind alle diese Dinge wichtig, die Herr Kieker gerade geschildert hat, aber aus unserer Sicht kommen noch ein paar andere Faktoren dazu, die erst mal nicht so schnell in irgendwelchen statistischen Tabellen in Dollar oder Euro in Prozenten auszudrücken sind, aber aus unserer Sicht eine Menge dazu beitragen, ob wir als Berlin touristisch attraktiv sind oder eben nicht. Ein Ding, das uns wirklich seit einiger Zeit und zunehmend beschäftigt, ist die Frage der öffentlichen Sauberkeit, und zwar einmal generell für Gesamtberlin. Wir stellen fest, dass rund um das Brandenburger Tor kein Krisengebiet ist, aber wenn man es insgesamt betrachtet, muss ich sagen, ich werde nicht müde, dieses Beispiel immer zu nennen: Madrid. Ich habe gedacht, ich habe noch nie so eine saubere Stadt gesehen, ungefähr wie Tokio oder Singapur. Wir glauben, dass es nicht damit getan sein wird, wir sind ja hier im Wirtschaftsausschuss, die Budgets und vielleicht auch die Arbeitsprogramme für BSR und vergleichbare aufzustocken, sondern wir glauben, es braucht eine Vision und eine Aktivität, um die Berliner Bevölkerung da mitzunehmen. Die Berliner Bevölkerung deutet nämlich gerne auf die Touristen, und das ist auch einer der Gründe, warum viele Leute die Touristen gar nicht mehr hier in der Stadt haben wollen, weil die sagen, die machen die Stadt so dreckig, aber die Berliner selbst sind kräftig auch dabei, und da wissen wir nicht genau, wie das gehen kann, aber wir glauben, man muss daran arbeiten, dieses Bewusstsein zu ändern. In Spanien hatte ich den Eindruck, die sind selbst so stolz auf ihre Stadt, und deswegen achten sie selbst darauf, dass sie sauber bleibt.

Sicherheit ist genauso ein Thema, und die interne öffentliche Nahverkehrssituation ist natürlich immer ein Problem der auswärtigen Besucher, so wie für uns auch, wenn wir irgendwohin reisen. Wir wollen uns gut und schnell orientieren, im Vorfeld schon mal digital irgendwelche Informationen einsammeln, und alle diese Dinge sind aus unserer Sicht natürlich richtig.

Wir haben aber auch ganz pragmatische Probleme, zum Beispiel die Bus-Sightseeing-Anbieter. Die haben jahrelang gebraucht, um mal ein paar Haltestellen für ihre Sightseeing-Busse ausgewiesen zu kriegen. Da gibt es jetzt eine riesige Liste mit Fotos, wo die anzulegen sind und so weiter, aber nicht alle Bezirke kommen hinterher, um diese Haltestellen auch faktisch einzurichten. Auch STERN + KREIS hat das Problem, dass jetzt wegen Bauarbeiten ein wichtiger Anleger für die gesperrt ist, und der soll noch ein Jahr länger gesperrt bleiben, und man hat seitens STERN + KREIS nicht das Gefühl, dass die, die dafür zuständig sind, nämlich Grün Berlin, sich da richtig bewegen. Das sind nur so ein paar Beispiele, die zeigen: Es gibt auch jenseits der Flugverbindungen – die natürlich enorm wichtig sind, genauso wie funktionierende, sage ich extra dazu, Bahnankünfte hier in Berlin, das ist ja genauso wichtig – andere Faktoren, die nicht aus dem Blick geraten sollten zwischen Euro und Prozents hier und dort. Das ist aus unserer Sicht wirklich wichtig.

Gerade wurde eine Situation erwähnt: Ich kann das zum Beispiel für die Institution, die ich 27 Jahre als Geschäftsführer vertreten habe – seit Anfang des Jahres bin ich nur noch Berater der Geschäftsführung, es ist sehr schön für mich, mal nicht mehr diesen Rucksack aufzuhaben – darstellen. Wir haben im Theaterbereich, und das ist auch in vielen anderen Theatern der Fall, momentan keinen guten Geschäftsgang. Es stimmt, nicht nur die Theater, andere auch, Museen und so weiter, haben die Preise erhöht, aber die Preiserhöhungen – das ist auch immer ein mutiger Schritt, darf man nicht vergessen – werden im Moment ratzfatz von Kostensteigerungen aufgeessen, die man überhaupt nicht so schnell bekämpfen kann, wie sie auftreten. Das ist gar kein Vorwurf an Sie, aber ich wollte das nur erwähnen als Faktum, womit man sich da rumschlagen muss.

Ein letztes Wort vielleicht zum Bashing. Es ist natürlich klar. Wir dürfen uns öffentlich nicht selbst hinrichten. Ich bin aber ein Vertreter dessen, das ich sage, aber intern müssen wir dann umso klarer die Problemzonen ansprechen. Das finde ich wirklich wichtig. Deswegen habe ich mit der Sauberkeit und Ordnung angefangen. – Das war es erst mal meinerseits.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch für Ihre Stellungnahme! – Dann haben wir alle Anzuhörenden mit einem Eingangsstatement gehört, können jetzt in die Runde der Fraktionen eintreten und beginnen mit der Linken mit dem Kollegen Valgolio. – Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen herzlichen Dank an Sie alle für Ihre Einblicke, die Sie mit uns geteilt haben! Ich beginne mit dem Gaststättengesetz und vielleicht direkt mit dem, das Herr Strecker ganz zuletzt angesprochen hatte. Sie haben gesagt, unser Hauptproblem, nicht unser Hauptproblem, aber ein großes Problem für die Betreiber ist die Kostenexplosion. Deswegen möchte ich mal provokant am Anfang fragen: Wir reden jetzt über das Gaststättengesetz. Ist es nicht so, dass für die Gastronomie in Berlin das größte Problem eigentlich die explodierenden Gewerbemieten sind, dass viele, gerade kleinere Kneipen, Restaurants, Theater, gar nicht mehr in der Lage sind, die Gewerbemieten zu zahlen und das eigentlich das Problem wäre, das man angehen müsste, wenn man Berlin attraktiv halten möchte und wenn man etwas für die Gastrounternehmen machen wollte? – Erste Frage!

Eine weitere Frage knüpft an das an, was Herr Buchhorn gesagt hat. Sie hatten den Beteiligungsprozess angesprochen, den der Senat in den letzten Monaten organisiert hat. Da hat uns

– das wissen Sie nicht –, die Mitglieder des Ausschusses, eine etwas ungehaltene E-Mail des Geschäftsführers der NGG, der Gewerkschaft der Beschäftigten des Gaststättengewerbes, erreicht, der sich beschwert hat, dass die NGG bisher überhaupt noch nicht in diesen Beteiligungsprozess einbezogen worden ist. Deswegen möchte ich den Senat fragen: Stimmt es, dass die NGG nicht einbezogen worden ist? Es ist von allen Beteiligten zu Recht gesagt worden, dass diese Branche eine große Bedeutung in Berlin hat. Kann man überhaupt die Regelung für eine solche wichtige Branche verändern, ohne die Vertretung derjenigen zu beteiligen, die da arbeiten, nämlich die Gewerkschaft NGG, oder muss man den Prozess nicht erst mal aussetzen und die Beschäftigten beteiligen, bevor man das Gesetz ändert, wenn es so ist, dass die NGG bisher noch nicht einbezogen worden ist?

Die zweite Frage hatte der Vorsitzende der NGG auch in seiner E-Mail an den Ausschuss angesprochen. Er hat das nämlich kritisiert. Es würde mich interessieren, was Sie dazu sagen. Der Vorsitzende der NGG Berlin hat kritisiert, dass im Gaststättengesetz die Regelung zur verpflichtenden Schulung für die Gastronomen verändert werden soll. Im Moment ist es so, dass die Gastronomen, die ein Gewerbe neu anmelden oder öffnen wollen, zuerst nachweisen müssen, dass sie bestimmte Schulungen bei der IHK besucht haben, was Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz, Lebensmittelrecht angeht. Diese Regelung wird jetzt aufgehoben und ersetzt durch eine Regelung, nach der die Gastronomen nur noch zu solchen Schulungen verpflichtet werden können, wenn es vorher Beschwerden gab, das meinte möglicherweise Frau Gerold mit dieser Beweislastumkehr, und da ist meine Frage an Sie alle, aber auch an den Senat: Ist es nicht sinnvoll, es beizubehalten, dass die Gastronomen vorher solche Schulungen durchlaufen, bevor sie den Betrieb eröffnen, und dass solche Schulungen nicht erst dann verpflichtend den Gastronomen vorgegeben werden, wenn es Beschwerden gab? Diese neue Regelung zu den Schulungen steht im neuen § 6 Absatz 2 Landesgaststättengesetz.

Dritte Frage: Das ist eigentlich die größte Veränderung, die hier stattfindet, mit diesem neuen Landesgaststättengesetz, nicht nur, dass die Verpflichtung zur Schulung wegfällt, sondern, es ist auch gesagt worden, statt der Genehmigungspflicht, dem Genehmigungsverfahren, gibt es jetzt ein reines Anzeigenverfahren für diejenigen, die einen Gastronomiebetrieb neu eröffnen wollen, und das ist bisher, wenn ich es richtig verstanden habe, einfach nur damit begründet worden, dass das alte Bundesgaststättengesetz aus den 1970er Jahren stammt. Jetzt ist meine Frage vor allem an den Senat: Warum ist das ein Grund, dass man das verändern muss, und dass man das Genehmigungsverfahren abschafft und ein reines Anzeigenverfahren einführt? Ich meine, die Führerscheinplicht in Deutschland gibt es seit 1909, also noch viel länger. Da hoffe ich mal, dass der Senat nicht auf die Idee kommen würde zu sagen: Na ja, es ist doch völlig bürokratisch. Du brauchst keinen Führerschein mehr, fahre erst mal los, und wenn es dann Beschwerden gibt oder du öfters mal jemanden umgefahren hast, dann gibt es Auflagen, dass du bestimmte Schulungen besuchen musst. – Das wäre das ja, wenn man es überträgt. Das wird hoffentlich diesem Senat nicht in den Sinn kommen.

Deswegen frage ich: Warum ist es notwendig, dass das Genehmigungsverfahren durch ein reines Anzeigenverfahren ersetzt wird? Das Alter des Verfahrens kann nicht der Grund sein, und nur, dass die Gastronomie in Berlin eine immer größere Branche mit einer immer größeren Bedeutung wird und damit natürlich immer stärkeren Auswirkungen auf die Bevölkerung, kann kein Grund sein, von einem Genehmigungs- zu einem Anzeigenverfahren wegzugehen. Dass die Branche immer größer wird, immer größere Auswirkungen hat, wäre doch ein

Grund, bei dieser Branche besonders genau hinzugucken. Insofern meine Frage: Warum ist es denn so zwingend und notwendig, wegzugehen vom Genehmigungsverfahren?

Ganz konkret vor allem meine Frage an die beiden Vertreter der Bezirksamter: Was bedeutet das konkret in der Praxis? Wir schaffen die Genehmigungspflicht ab. Bisher war es so: Jemand, der eine Kneipe neu eröffnen will, muss das genehmigen lassen und nachweisen, dass er bestimmte Bedingungen erfüllt und kann dann vor Eröffnung vom Bezirksamt bestimmte Auflagen erhalten. Das wird verändert. Jeder kann erst mal eine Kneipe eröffnen, völlig egal, wie beleumundet diese Person ist, muss das nur anzeigen, und dann kann das Bezirksamt innerhalb von sechs Wochen Auflagen machen. Wenn das Bezirksamt das nicht innerhalb von sechs Wochen schafft, kann jeder erst mal alles machen. Jetzt ist meine Frage: Was ist denn zu erwarten? Was wird in diesen ersten sechs Wochen passieren? Schätzen Sie, dass die Bezirksamter in der Lage sein werden, innerhalb von sechs Wochen die nötigen Prüfungen vorzunehmen und die nötigen Auflagen zu machen, oder bis wann werden die Bezirksamter Ihrer Einschätzung nach in der Lage sein, diesen neu eröffneten Gastronomiebetrieben Auflagen zu machen, innerhalb von zwei Monaten, drei Monaten und sechs Monaten? Und heißt das nicht im Umkehrschluss, dass, solange diese Auflagen nicht erteilt worden sind, erst einmal für die Gastronomen alles möglich ist? Ob das im Interesse der redlichen und schon etablierten Gastronomiebetriebe ist, wage ich zu bezweifeln.

Zweite Frage in diese Richtung, dann bin ich fast durch, aber das ist ein wichtiger Punkt. Da müssen wir ein bisschen hingucken. Frau Gerold hatte gesagt, wenn für die neu eröffneten Gastronomiebetriebe die Auflagen erst später gemacht werden, ist das eine Art Beweislastumkehr, und es ist für die Bezirksamter dann schwieriger, den Gastronomiebetrieben Auflagen zu machen, als wenn sie das schon gleich mit der Eröffnung machen können. Herr Staatssekretär Fischer, da haben Sie ein bisschen mit den Augen gerollt, und ich habe das so verstanden, als ob das möglicherweise eine Fehleinschätzung von Frau Gerold wäre. Deswegen möchte ich bei Ihnen oder insgesamt beim Senat nachfragen: Ist es nicht schon so, wenn ein Gastronom einen schon laufenden Gastronomiebetrieb hat und das Bezirksamt dann nach einigen Monaten bestimmte Auflagen macht, dass er Sachen zurückdrehen soll, abbauen soll, anders machen soll, ist es dann nicht schwieriger, das auch vor Gericht gegen diesen Gastronom durchzusetzen, als wenn ihm schon von Anfang an, bevor er überhaupt was eröffnet, die Auflage gemacht wird: Moment! Das darf es aber nur so und so machen? – Ich glaube, es ist nämlich schon so, dass das schwieriger wird. Dadurch, dass man von diesem Genehmigungsverfahren weggeht, glaube ich schon, dass es für die Bezirksamter schwieriger wird, gegenüber den einzelnen Gastronomen die Auflagen durchzusetzen.

Allerletzte Frage zu diesem Komplex: Herr Hikel hat, glaube ich, angedeutet, dass es möglicherweise Kompromisslösungen geben könnte. Vielleicht können Sie das noch mal, Herr Hikel, genauer sagen. Sie sagten: Na ja, nach diesen sechs Wochen, die dann abgelaufen sind, nachdem es angezeigt worden ist, heißt das ja nicht, dass der Gastronom dann komplett loslegen kann. – So hatte ich Sie verstanden. Wollten Sie damit in so eine Richtung gehen, dass es da möglicherweise so eine vorläufige Genehmigung gibt, die schon bestimmte Auflagen enthält, oder welche Kompromissmöglichkeiten sind denkbar – frage ich jetzt den Senat – für diese Zwischenzeit zwischen der Anzeige und den ersten Auflagen, die der Gastronom möglicherweise erhält?

Letzter Punkt, zu den Ausgehvierteln: Da ist sicherlich ein Streit, den es noch gibt, auch zwischen den Bezirken und dem Senat, wer das festlegt. Machen das die Bezirke, macht das der Senat? Der Senat hat gesagt, wir machen das, aber wir beteiligen die Bezirke. Da würde ich gern nachfragen, wie das Beteiligungsverfahren aussieht. Ist das ein Verfahren, das Einvernehmen voraussetzt? Setzt der Senat keine Ausgehviertel fest, die nicht auch vom zuständigen Bezirksamt mitgetragen werden, oder wie wird dieser Prozess ablaufen? Wie ist es gedacht?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann haben wir als Nächsten für Bündnis 90/Die Grünen den Kollegen Schwarze.

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich werde es auch aufteilen beziehungsweise mit dem Gaststättengesetz starten und danach noch zum Thema Tourismus kommen. Viele der Punkte hat der Kollege Valgolio bereits vorweggenommen. Das möchte ich nicht wiederholen, vielleicht dennoch ergänzende Punkte und Fragen.

Das eine ist: Es wird immer gesagt, von 1970 ist das alte Gaststättenrecht und so weiter. Ich meine, zu Westberliner Zeiten gab es keine Sperrstunde. Seit 1990 gilt das überhaupt erst in Berlin, und seit 2006 ist es überhaupt in der Zuständigkeit des Landes Berlin. Vorher war es Bundesrecht. Ich glaube, wir sollten uns nicht an dieser 1970-Zahl abarbeiten. Das ist, glaube ich, der Stadt und ihrer Geschichte nicht gerecht. In Ostberlin galt das sowieso nicht, abgehakt, aber deswegen würde ich den Fokus von der Sperrstunde mal auf die anderen Punkte verschieben, denn ich weiß nicht, ob Ihnen Fälle bekannt sind, wo die Sperrstunde in den letzten Jahren Probleme gemacht hat, ich kenne keinen, aber dass es sie nicht mehr gibt, ist richtig. Das gesamte Gesetz zu erneuern, ist auch richtig. Das haben wir in der Plenardebatte als Fraktion schon gesagt. Gleichzeitig stellt sich jetzt so ein bisschen die Frage, warum der Senat heute auf eine Stellungnahme verzichtet hat, auch zum Thema Tourismus. Mich hätte durchaus interessiert, wie Sie die Situation, gerade was den Tourismus angeht, einschätzen, dazu kommen wir vielleicht gleich noch, aber auch an dieser Stelle hinsichtlich den Ausführungen der Vertreterin und des Vertreters der beiden Bezirke, nämlich die Ankündigung der Senatorin Giffey in der letzten Sitzung hier im Ausschuss, wo wir das Thema hatten, auf die Bezirke noch mal zuzugehen und das Gespräch zu suchen – Das war, glaube ich, noch zu einem Zeitpunkt, wo Sie einen Senatsbeschluss hatten, wo wir davon ausgegangen sind, dass der Senatsbeschluss ins Plenum kommt. Jetzt ist der Senatsbeschluss nicht im Plenum, sondern die Fraktionen haben mit Änderungen ein Gesetz eingebracht, das auf der Grundlage des Senatsentwurfes beruht. Bedeutet das, dass es gar keine Zeit mehr gibt, diese Gespräche zu führen, oder sagt die Koalition, wir wollen das heute hier im Ausschuss haben, aber nicht in der nächsten Plenarsitzung, denn sonst wäre das Zeitfenster ungefähr eine Woche. Jetzt weiß ich nicht, wie sehr die Bezirke einschätzen, ob dieses Zeitfenster von anderthalb Wochen ausreichend ist, oder ob Sie eine Vorstellung haben, wie der Zeitplan aussieht, weil das schon sehr relevante Fragen sind. Vielleicht könnten Sie jeweils noch darauf eingehen, weil das, glaube ich, durchaus der Situation hier gerecht wird, weil sowohl Herr Bezirksbürgermeister Hikel als auch Frau Bezirksstadträtin Gerold Punkte angesprochen haben, die aufgreifen, was die Senatorin sagte. Es wäre, glaube ich, für die breit getragene Akzeptanz eines solchen Gesetzes nicht gut, wenn wir das nicht auflösen oder zumindest den Versuch noch unternehmen. Das wäre der erste Fragenkomplex.

Ich glaube, beim Gaststättengesetz ist richtig, das klang eben schon mal an, dass jetzt auch All-Gender-Toiletten möglich sind. Das ist durchaus etwas, das gerade im Clubkulturbereich immer wieder mal ein Streitpunkt wurde. Dass es da eine Lösung gibt, begrüßen wir sehr.

Wo wir gerade so ein bisschen bei den Detailfragen sind, würde mich noch die Frage der Toiletten Richtung der Spätis, die hier heute auch schon mal fiel oder auch in der Presse hin und wieder genannt worden sind, interessieren, inwiefern es eine Möglichkeit wäre, auch eine Toilettenpflicht für Spätis, die kneipenähnlich arbeiten, einzuführen, die sehr viel Außengastronomie haben und innerhalb dieses Gesetzes letztendlich durch die Plätze ausgenommen sind, wenn sie draußen sind, inwiefern das eine Diskussion stand war, weil das in den Nachbarschaften und in den Kiezen, ich nehme an, in Neukölln wie in Friedrichshain-Kreuzberg, immer wieder zu Problemen und dann wiederum zu Akzeptanzproblem führt, was sich dann für die umliegenden Gastronomen, die andere Auflagen haben, aber auch wiederum für den Tourismus niederschlägt, wenn man sich die Statistiken anguckt. Es hört sich nach einem sehr kleinen Punkt an, hat aber oft sehr große Auswirkungen. Da hier durchaus der Chance wäre, wollte ich die Frage stellen, inwiefern das eine Rolle spielte.

Zu den Ausgehvierteln wurde einiges gesagt. Wurde im Senat erörtert – beziehungsweise ist es vielleicht sogar gar keine Frage mehr an den Senat, sondern jetzt an die Fraktionen, weil es kein Senatsgesetz mehr ist –: In den Ausführungen steht, wenn eine gewisse hohe Anzahl an Gastronomiebetrieben vorhanden ist, wird es ein Ausgehviertel. Wir haben diese Debatte über Monostrukturen in dieser Stadt, in touristischen oder nicht touristischen Hotspots, aber dort, wo Nachtleben stattfindet, über Jahre geführt, wo es einen Verdrängungswettbewerb gibt über steigende Gewerbemieten, das kleine Gewerbestrukturen und Einzelhandel verdrängt werden, weil sie nicht mit den Mieten im Gastronomiebereich mithalten können. Ist das wiederum letztendlich ein Faktor, der da reingespielt wird, dass das befördert, dass wir dann noch mehr Gastronomie geballt haben und damit dann ein Ausgehviertel begründen können, oder haben Sie eine Antwort darauf, dass das gar keine Gefahr ist?

Wie wurde das diskutiert? Das ist eine Stadtdebatte, die wir gerade in den Kiezen mit viel Nachtleben immer wieder führen, und die eine berechnete ist, da Berlin wiederum auch mit einer Kiezkultur wirbt und eine Kiezkultur nur funktioniert, wenn wir eine Vielfalt im Angebot haben und nicht nur – nichts gegen die Gastronomie – Bar, Kneipe und Restaurant nebeneinander haben können. Wir brauchen auch andere Geschäfte, die etwas interessant machen, abgesehen davon, dass wir ein paar Orte haben, wo das anders ist. Mich würde ebenso interessieren, wie Sie das in dieser Debatte beleuchtet haben.

Dann hatte Frau Gerold eben ausgeführt, dass die Bezirke jetzt bereits Auflagen oder Genehmigungen erteilen können, die über 22 Uhr hinausgehen. Ich glaube, vor einem Jahr gab es die Änderung der Ausführungsvorschriften zum Landesimmissionsschutzgesetz durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, wo bereits erlaubt wurde, dass Außengastronomie länger stattfinden darf als 22 Uhr. Das ist gar nicht neu. Mich würde deswegen interessieren, wie das im Umkehrschluss bewertet wird, weil Herr Hikel eben auch ausführte, es könnte das gegenteilige Problem erzeugt werden, dass dann überall an anderen Orten, wo es bisher keine Probleme gab, vielleicht auch nur ein Restaurant ist, das sich mit der Nachbarschaft gut gestellt hat, wo es keine Probleme gibt, das aber nicht in dem Ausgehviertel liegt, dann nicht mehr um 23 Uhr draußen zumachen kann draußen, sondern um 22 Uhr schließen muss. Dazu würde mich eine Einschätzung interessieren, was das dann be-

deutet, gerade aus Bezirkssicht, weil das, glaube ich, in diese Kategorie der Rechtsunsicherheit fällt, außer, ich habe es falsch verstanden, was ich nicht ausschließen will.

Wo wir gerade beim Gaststättengesetz sind: Wir werden uns als Fraktion heute an dieser Stelle enthalten, aus dem einfachen Grund, dass wir diese Anhörung noch mal in die Fraktion mit hineinnehmen und dann auswerten. Das möchte ich transparenzhalber an dieser Stelle schon einmal sagen, weil wir sehr begrüßen, dass es ein modernes Gaststättenrecht gibt, aber gerade heute klar wurde, dass noch einige Fragen aufgeworfen worden sind und wir sehr darauf hoffen, dass die Senatorin und die Bezirke gemeinsam vielleicht noch Punkte ausräumen.

Dann vom Gaststättengesetz zum Thema Tourismus: Ich sagte es gerade, auch da würde mich durchaus eine Einschätzung vom Senat interessieren. Herr Buchhorn, Herr Kieker und Herr Strecker haben sehr deutlich gemacht, wie wichtig der Tourismus für diese Stadt ist. Ich nehme an, dem Senat ist das auch wichtig. Vielleicht reichen Sie das noch nach.

Herr Kieker! Sie haben eben gesagt, Berlin hat, da es nicht mehr so günstig ist, einen USP verloren. Mich würde ein bisschen interessieren, wo Sie den neuen USP sehen, oder, anders gefragt: War das der einzige? Ich vermute nein, oder ich weiß nein, aber weil Sie das so betont haben, frage ich mich, wenn der eine weg ist und das durchaus ein Anzugspunkt war im Vergleich zu anderen Städten, jetzt auch die Menschen in anderen Ländern, nicht nur innerhalb Deutschlands, auch durch Inflation und andere Punkte, generell weniger Geld in der Tasche haben, was die weiteren Gründe sind, warum die Menschen hierher kommen. Kultur ist sicher einer, das geben alle Umfragen her und auch alle Auswertung, dass das einer der Hauptreisegründe ist.

Es wurde gerade von Herrn Strecker sehr deutlich gesagt, dass wir intern miteinander reden sollen, nicht in die Welt tragen, wo wir vielleicht einzelne Debatten haben, aber wir sind hier ja innerhalb des Berliner Parlamentes, also einerseits intern, und natürlich wirkt alles, was wir sagen, auch extern. Ich glaube aber, und Herr Kieker, da muss ich ein bisschen widersprechen, dass, wenn es vom Senat Kürzungsdebatten in der Kulturpolitik gibt und die letztendlich mit den Kulturinstitutionen nicht geführt werden, bevor sie öffentlich werden, dann ist es das gute Recht der Kulturinstitutionen, öffentlich in den Widerstand zu gehen und dort zu protestieren. Ich weiß, dass das vielleicht gar nicht Ihr Punkt war. Ich möchte an dieser Stelle aber noch mal betonen, dass ich glaube, dass die Kulturinstitutionen sowieso in einem Bereich sind, wo sie in der Breite nicht im Geld schwimmen und gleichzeitig durchaus sehr viel dieser Attraktivität ausmachen. Das haben wir in verschiedenen Anhörungen, sowohl im Kulturausschuss als auch hier im Wirtschaftsausschuss – wir haben auch mal länger über Clubkultur geredet – durchaus gesehen. Deswegen das vielleicht in Verbindung zu dem USP!

Herr Strecker! Sie haben ein paar Punkte angeführt, wo Sie sagen, dass Berlin besser werden muss, wo Abstimmungen besser funktionieren müssen. Es gibt in Berlin einen Runden Tisch zum Thema Tourismus. Es gab auch mal einen mit den Bürgerinnen und Bürgern, dem Bürgerbeirat. Den gibt es jetzt auch nicht mehr. Was wären Strukturveränderungen, dass wir da besser zu einem Miteinander kommen und sich diese von Ihnen genannten Probleme vielleicht gar nicht erst so hochschaukeln? Haben Sie Vorschläge oder Entwürfe, die vielleicht aus der Branche kommen? Das würde mich interessieren, wo Sie da Anknüpfungspunkte sehen. Diese Frage geht natürlich auch an die anderen Anzuhörenden. Da sind wir wieder an dem Punkt, wo ich ganz anfänglich war, dass wir hoffentlich etwas mitnehmen, um Dinge

auch in Zukunft anders aufzustellen. – Vielleicht so weit erst mal für den Moment, und dann bin ich gespannt auf die Antworten!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selbst für die SPD-Fraktion an der Reihe.

Jörg Stroedter (SPD): Ich will mal einen Punkt, Herr Schwarze, weil Sie ihn angesprochen haben, gleich zu Beginn sagen. Wir wollen gerade, dass die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe die Ausgehviertel festlegt, weil wir eben nicht wollen, dass die Bezirke es tun, damit wir keinen Teppich bekommen, der in jeder Straße anders aussieht. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen es zentral regeln, und ich halte es übrigens für zwingend. Wenn man das nicht macht, dann kommt wieder genau die Situation, die wir in Berlin gerne haben, dass jedes Bezirksamt, jedes Bezirksamtsamtsmitglied und insbesondere jeder Sachbearbeiter dann darüber einzeln entscheidet, und die Entscheidungen sind dann aus meiner Sicht nicht transparent und führen dazu, gerade bei Bezirksgrenzen, dass Härten entstehen. Herr Bezirksbürgermeister Hikel hat es, glaube ich, so versucht anzudeuten. Das heißt, wie ich in meiner Rede gesagt habe, die Bezirke sollen selbstverständlich beteiligt werden, aber nicht im Sinne von einem Verfahren im Einvernehmen, sondern selbstverständlich im Sinne einer Anhörung der Bezirke, aber dann in einer Entscheidung und einem Vorschlag, den die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe vorlegt, um das gleich mal so deutlich zu sagen.

Der zweite Punkt: Es wird heute keine Abstimmung geben, Sie können das also ganz in Ruhe diskutieren, sondern wir werden bei der nächstmöglichen Gelegenheit darüber abstimmen. Dann hat jeder noch mal die Möglichkeit, das auszuwerten. Wir haben das jetzt als Fraktionen vorgelegt, das haben Sie zu Recht beschrieben, und deshalb ist richtig, darüber eine gewisse Zeit nachzudenken.

Ich will jetzt mal einige Fragen stellen, weil mir eben einige Punkte aufgefallen sind, die doch ungewöhnlich sind. Es wird von den Bezirken kritisiert, und ich habe das eben auch bei dem Kollegen Valgolio so verstanden, dass in Zukunft das Genehmigungsverfahren durch ein Anzeigeverfahren abgelöst wird. Den Vergleich mit dem Führerschein fand ich ein bisschen absurd, aber als Anwalt ist es natürlich pointiert immer interessant, so einen Vergleich zu machen. Hier geht es doch eher um die Frage: Ist diese Frist von sechs Wochen wirklich zu kurz, oder ist die nicht eigentlich relativ lang? Ist das nicht das generelle Problem der Bürokratie in diesem Land, nicht nur in Berlin, sondern Deutschland insgesamt, dass bei uns alles immer ganz lange dauert? Jede Sache, die wir in Berlin machen, die wir in Deutschland machen, dauert extrem lange, und das ist jetzt mal der Versuch, dort einen neuen Schritt zu machen, indem man sagt, man macht das über Anzeige und nicht über Genehmigung. Das heißt nicht, das hatte ich vorhin schon meiner Begründung gesagt, dass alles andere außer Kraft gesetzt wird. Natürlich kann auch eine Genehmigung verweigert werden, und natürlich gilt dasselbe für die Sperrstunde. Deshalb würde ich gerne noch mal aus Sicht der Bezirke, Frau Gerold und Herr Hikel, genau hören, wo Sie ein Problem bezogen auf das Anzeigeverfahren und auf die Frist von den sechs Wochen sehen würden. Gerade für die kleinen Unternehmen, die oft unter der Bürokratie leiden – wir ändern unter anderem deshalb das Vergabegesetz, wenn ich das in dem Zusammenhang sagen darf –, ist immer wichtig, dass wir Bürokratie abbauen. Wir reden in Sonntagsreden immer alle über weniger Bürokratie, aber wenn es dann konkret wird, ist es meistens schwierig. Deshalb würde mich die Position der Bezirke an der Stelle deutlich interessieren.

Dann hat der Kollege Valgolio den Beteiligungsprozess angesprochen – das würde ich den Senat fragen –: Die Gewerkschaft fühlt sich hier nicht mitgenommen. Ich muss auch sagen, dass ich die Antwort schon ungewöhnlich fand, denn wenn ich mich nicht mitgenommen fühle – ich unterstelle mal, dass das aus deren Sicht so ist –, dann würde ich mich erst recht der Diskussion hier heute stellen und nicht sagen: Nein, jetzt kommen wir nicht, und einen Vertreter können wir auch stellen –, sondern dann hätte ich gesagt, was mich am Senat stört und an dem Entwurf. Dass diese Chance verpasst worden ist, bedauere ich, das will ich deutlich sagen, aber ich würde schon gerne mal wissen, was der Senat gemacht hat, um die Gewerkschaft einzubeziehen.

Unstrittig ist, was der Kollege Valgolio gesagt hat, dass das Thema Gewerbemieten eine viel größere Rolle spielt, aber man muss immer schauen, welche Dinge leichter zu regeln sind. Hier, meine ich, ist es sinnvoll, dass man ein Gesetz macht, das das alte Gesetz von 1971 überwindet. Wir wollen erreichen, dass am Ende mehr Möglichkeiten für die Außengastronomie bestehen. Unsere Wirtschaft ist in schwieriger Lage, und die wird auch in schwieriger Lage bleiben, Sie kennen alle meine Ansicht, weil wir das Geld für vieles ausgeben, aber nicht in unserem Lande richtig ausgeben, und das führt in der Konsequenz dazu, dass die Wirtschaft in Schwierigkeiten kommt, und die wird auch weiter in Schwierigkeiten kommen. Dann muss man an jeder Stellschraube drehen, und eine Stellschraube könnte dieses Gesetz sein.

Herr Kieker! Ich würde Sie gerne bitten, dieses Thema Berlin-Bashing noch mal auszuführen, das hier immer so gerne verbreitet wird. Sie haben zu Recht gesagt, wenn Sie woanders hinkommen, und Sie sind als Werber für die Wirtschaft extrem erfolgreich, dann sieht man das ganz anders. Wie ist denn Ihre Innensicht? Warum ist das in Berlin immer so negativ und warum kann man woanders eine ganz andere Position bekommen?

Dann will ich Sie bitten, auch zu einem anderen Punkt Stellung zu nehmen. Die Kollegen Dörstelmann, Schlüsselburg und Stroedter aus der SPD-Fraktion haben eine sehr ausführliche Anfrage zum Thema BER gestellt, und ich bin der Flughafengesellschaft sehr dankbar, dass die Flughafengesellschaft sie auch sehr ausführlich beantwortet hat. Ich empfehle allen Kollegen im Haus, sich das mal anzuschauen. Es gab auch schon Berichterstattung der Presse, sowohl im Tagesspiegel als auch in der Morgenpost. Ist es nicht ein Hauptproblem, dass unsere Touristenzahlen an einem bestimmten Punkt angekommen sind, dass unsere internationalen Verbindungen über den BER einfach nicht optimal sind? Ich will das mal so deutlich sagen und frage den Senat: Was unternimmt der Senat die Frage Lufthansa zu ändern? Der Boykott der Lufthansa gegen Berlin macht im doppelten Sinne, nämlich, indem sie in den alten westdeutschen Republiksszenarien leben – ach, wir haben uns mal für Frankfurt und München entschieden, das ist zwar 35 Jahre her, aber die Antwort können wir euch noch in den nächsten 35 Jahren geben –, und zweitens, indem sie auch noch andere Gesellschaften hindern, in Berlin Start- und Landerechte zu bekommen, und zwar massiv hindern, indem immer wieder mit Argumenten gearbeitet wird, wie dort zum Beispiel Arbeitsbedingungen sind. Da wäre ich immer sehr vorsichtig, ob die eigenen Arbeitsbedingungen, wenn ich die Mitarbeiter bei der Lufthansa höre, in jedem Fall so überragend sind, dass man sich immer an die Spitze der Bewegung stellen kann. Da würde mich mal interessieren, Herr Kieker, welches Potenzial Sie sehen, wenn wir nicht nur immer diesen Verkehr haben, dass man zuerst nach Frankfurt oder nach München fliegen muss, und dann kann man nach Berlin fliegen, wenn man aus Asien,

aus Nordamerika oder woher auch immer in der Welt kommt, welche Möglichkeiten da bestehen?

Dann sage ich auch mal etwas, das zu diesem Berlin-Bashing gehört, und da gucke jetzt mal die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an: Das Erste, das ich heute nach der Hamburger Entscheidung gehört habe, war: Oh, jetzt müssen wir das hier in Berlin auch machen –, also kein Olympia. Das ist genau dieses Kleinkarierte, das wir in dieser Stadt nicht brauchen. Anstatt es zu bedauern, dass Hamburg sich so entschieden hat, sehen wir das eher als Chance, das wir noch mal den Druck für die Berlin-Bewerbung machen. Das ist einfach absurd, denn das ist das Bashing, das dann eben aus der eigenen Stadt kommt, und das ich äußerst kritisch sehe. Herr Buchhorn! Sie können mir vielleicht noch beantworten, wie es generell im Gaststätten-gewerbe aussieht. Da gehen wir über das Gesetz, das wir jetzt machen, hinaus. Der Gaststättenbereich ist enorm von diesem Tourismusfaktor abhängig. Wir hatten die Schwierigkeiten durch Corona, das wissen wir alle. Die sind vermeintlich jetzt überwunden, vermeintlich, so ganz noch nicht, aber die Zahlen sind in Berlin noch nicht da, wo wir sie gerne hätten. Vielleicht können Sie dazu noch Vorschläge machen oder sich äußern, was da gemacht werden kann. – Gut, das soll es von meiner Seite für die SPD-Fraktion sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann gehen wir weiter in der Reihenfolge und bleiben bei der SPD-Fraktion. Die Kollegin Wolff hat das Wort, sicherlich zum Thema Tourismus. – Bitte sehr!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Herr Buchhorn! Ich würde Sie gern nur noch mal fragen: Sie sagen, circa 29 Millionen Besucher in Zeiten der Krise. Finden Sie nicht, dass das in Zeiten, wo das Wort „Krise“ nicht wenig aufgetaucht, Energieversorgung und so weiter, trotzdem keine schlechte Zahl ist? Vielleicht können Sie mir noch erläutern, zum Beispiel, das würde mich mal bei den Hotelbelegungen interessieren, in welcher Kategorie bei den Hotels die bessere Belegung war. Welche Hotelkategorie hatte mit die beste Belegung in Berlin? Das würde mich mal interessieren.

Herr Hikel! Sie haben zum Verfahren noch angemerkt, dass das hilfreich sein wird, auch in dem Anzeigeverfahren, was zum Gaststättengesetz die Frage war. Mich würde mal interessieren: Würden Sie sagen, dass dieses neue Verfahren bei einem eventuellen Leerstand oder wenn jemand aus Altersgründen oder so die Gastronomie aufgeben möchte oder vielleicht sogar abgeben möchte, dazu beitragen kann, dass schneller Nachfolgerinnen und Nachfolger gefunden werden? Wir wissen, dass Gastronomie zumindest lange und oft gerade in den Kiezen sehr familiär geführt wurde, und die Frage ist: Wir wollen mit Gastronomie nicht nur Touristen fröhlich machen, sondern wir wollen in unseren Kiezen wieder ein gutes soziales Miteinander. Da ist mir nur, bei mir zumindest aus dem Kiez, zu hören gekommen: Wir brauchen Nachfolgerinnen und Nachfolger –, und natürlich wissen wir, dass wir durch Berlin Partner oder vielleicht noch andere Möglichkeiten haben, so etwas noch mehr zu verstärken. Wäre das auch noch ein Antrieb, um das dann in solchen Verfahren noch schneller zu machen, denn ich glaube, Leerstand tut keinem gut?

Herr Kieker, mich hat echt gefreut, dass Sie sagen, die Attraktivität Berlins ist ungebrochen, und ich kann das nur bestätigen. Viele Bekannte von mir sind Künstlerinnen und Künstler, die das wirklich genauso sehen, und das ist überhaupt noch nicht geschmälert worden. Ich kann auch nicht ganz nachvollziehen, dass Tourismus zurückbleibt, nur weil Sicherheit und Müll zu stark sind. Das mit der Sicherheit müsste man in Zahlen wirklich belegen können, wie weit Touristen hier eigentlich gefährdet sind. Ich bin heute gerade von einem Sender dazu angesprochen worden, der mir gesagt hat, aufgrund des Irankrieges hätten wir hier ein echtes Problem, mit Busunternehmen diese Stadt zu besuchen. Das war tatsächlich so der Satz, und ich habe mich sehr gewundert und habe gesagt, das in dieser Form, wie das so ausgedrückt wurde, ich mir das nicht ganz vorstellen kann. Ich kann mir natürlich vorstellen, dass der Nahostkonflikt dazu beiträgt, dass es in manchen Dingen mehr Bedenken oder eine andere Wahrnehmung gibt. Darauf würde ich ganz gerne noch hinweisen. Was ich bei Ihnen aber herausgehört habe, Herr Strecker, ist die Kontrolle. Sie würden sich, wenn ich das richtig verstanden habe, die klare Kontrolle wünschen. Wir haben einen Bußgeldkatalog auf den Weg gebracht, für illegale Müllablagerungen zum Beispiel, und der ist ganz schön knackig, aber den muss man natürlich auch durchsetzen. Insofern ist das vielleicht auch eine Frage der Kontrollen, wie Sie gesagt haben, mit den Haltestellen. Ist das eine Frage von genug Personal? Brauchen wir vielleicht mehr Unterstützung aus den Bezirken heraus?

Herr Schwarze, Sie haben gesagt, dass gerade durch die Kultur der Tourismus natürlich sehr gerne nach Berlin kommt. Dort, wo in der Kultur eingekürzt wurde oder versucht wurde, einzukürzen, betrifft das wirklich den Tourismus? Ich kann mich erinnern, dass die Jugendthea-

ter gefährdet waren. Ich kann mich erinnern, dass bestimmte Institutionen gefährdet waren, die aber nicht unbedingt touristischen Andrang haben, denn die großen Theater bei uns bekommen nach wie vor noch eine gute Ausstattung, und das wissen die auch. Die Kultur in Berlin hat vielleicht an der einen oder anderen Stelle eine Kürzung erfahren, aber nicht in dem Ausmaß, wie es hier gerade beschrieben wird, das würde ich so wirklich nicht unterschreiben, und die private Kultur, aber überhaupt die privaten Institutionen, sind ja Wirtschaftsunternehmen. Insofern: Inwieweit – Herr Strecker, auch noch eine Frage an Sie – stellen sich diese Unternehmen durch kreative Veränderungen auf eine andere Zeit ein? Mir ist als Sprecherin für Tourismus gerade auf einer Sprecherkonferenz gesagt worden, dass es sogar Gastronomien gibt, die mittlerweile Roboter einsetzen wollen, weil sie dem Fachkräftemangel hinterherkommen wollen, um im Kellnerinnen- und Kellnerbereich das abzudecken, was sonst durch Fachkräfte abgedeckt wurde. Das ist nicht nur negativ zu sehen. Ich sage jetzt nicht, dass überall ein Roboter reinmüsste, ich sage nur, das gibt es mittlerweile. Ich habe es selbst an der Ostsee erlebt. Auch da gab es einen Fachkräftemangel, und man hat sich kreativ auf andere Dinge eingelassen. Inwieweit spüren Sie so etwas eventuell in diesen privaten Institutionen? Das würde mich an dieser Stelle noch interessieren.

Ich möchte abschließend sagen: Vielleicht sollten alle mal das Buch von Dirk Steffens „Hoffnungslos optimistisch“ lesen. Die Stadt wird so viel niedergeredet, aber das ist nicht fair. Das ist dieser Stadt und auch den Menschen, die das Ding hier am Laufen halten, überhaupt nicht fair gegenüber, denn gerade im Tourismus, wie Sie gesagt haben, sind über 230 000 Menschen beschäftigt. Dann frage ich Sie ehrlich: Wie kriegt man 29 Millionen trotzdem gewuppt? –, und das schaffen sie, und das machen sie hervorragend, finde ich jedenfalls. Dazu auch mal ein großes Lob, übrigens auch an visitBerlin, denn visitBerlin hat die Kieze entdeckt und setzt sich mit den Bezirken auseinander. Wir haben mittlerweile sogar ein Wassertourismuskonzept. Das deckt zwar nicht den großen Tourismus ab, aber das deckt einen Inlandstourismus ab, und dieser Inlandstourismus ist auch für diese Stadt nicht unwichtig. Gerade in Zeiten von eventuell, ich nenne es vorsichtig, Krisen ist es wichtig, wie das hier bei uns läuft und wie die Menschen gerne nach Berlin kommen. Davon kann sicherlich Sicherheit oder Sauberkeit, ich würde in erster Linie Sauberkeit sagen, ein großer Teil sein. Insofern finde ich auch, dass die Maßnahme, die da gerade stattgefunden hat durch visitBerlin, eine gute Maßnahme war. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann der Kollege Hansel für die AfD-Fraktion.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Ich habe mal wieder das Gefühl, wir erleben eine Phantomdebatte. Ich meine, Berlin ist natürlich eine fantastische Stadt, das sage ich auch immer, aber sie wird unter Wert regiert, und das ist das Problem. Es geht nicht um Berlinkritik, sondern es geht um kritische Fragen, wie seit drei, vier Jahren mit der Stadt umgegangen wird. Nach Corona haben wir es schon mal gesagt. Nachdem das Geld bei den Leuten nicht mehr locker sitzt, nachdem die Gastronomie durch Abwanderung von vielen Beschäftigten geblutet hat, weil die Restaurants geschlossen worden sind, durch falsche politische Entscheidungen mit den Lockdowns, was sich immer mehr zeigt, haben wir gesagt, dann kann man nicht wieder die Unternehmen belasten. Wir haben auch immer gesagt, übrigens wie der DEHOGA und die Kammern, dann muss die City-Tax weg. Das wurde nicht gemacht. Dann haben wir gesagt, Tourismus steigt nicht, Thema Flughafen, auch immer wieder das gleiche Thema. Was hat man gemacht? – Man hat erst mal die Flugverkehrsteuer erhöht. Man hätte

sie abschaffen müssen. Was man jetzt gemacht hat: Man hat die Erhöhung gerade mal zurückgenommen. Auch das wird nicht reichen, bundesweit nicht und für Berlin schon gar nicht. Das heißt, man will nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir hier wirklich in einer Lage sind, die sich nicht nachhaltig verbessert. Darauf hat Herr Kollege Stroedter hingewiesen. Die Lage wird wahrscheinlich nicht besser. Dann wird von der gegenüberliegenden Seite so getan: Na ja, was tut denn Berlin für Tourismus? – Dann frage ich mich schon, warum man sich, wenn es eine Debatte gibt, die wichtigste Veranstaltung weltweit nach Berlin zu holen, die Olympiade, da verweigert. Da geht es schon mal los. Dann braucht man sich über bestimmte Themen eigentlich gar nicht mehr zu unterhalten.

Anderes Problem, Leuchttürme: Es ist gefragt worden: Was ist ein Anreiz, heute nach Berlin zu kommen? – Ja, wir haben viel gemacht. Wir haben das Brandenburger Tor, wir haben das Humboldt-Forum, wir haben viel, aber einen neuen, so einen richtigen Knaller, haben wir schon länger nicht mehr. Da ist die Frage, ob man in diese Richtung vielleicht mal kreativ denken sollte. Was für ein Gebäude, was für einen wirklich tollen Anziehungsmagneten man vielleicht noch mal architektonisch machen kann. Da gibt es sicher einige Möglichkeiten.

Dann haben wir die Debatte Tempelhofer Feld. Da geht es jetzt nicht um die Bebauung, sondern darum, was man damit macht. Da war unser Vorschlag zum Beispiel, auch ein Großereignis nach Berlin zu holen, zumindest an einer bestimmten Fläche, wenn man an die Münchner Theresienwiese denkt. Auch Berlin könnte sich eine Art Oktoberfest auf dieser Fläche leisten. Muss man genau machen, aber es ist denkbar und nicht absurd. Es gibt viele Möglichkeiten, dass man wirklich das Thema internationalen Bezug zu Berlin schaffen kann, und wenn dann von der anderen Seite immer „Overtourismus“ kommt, das ist ja alles so furchtbar, und das sind zu viele Leute: Das ist ein Luxusproblem. Ich wäre froh, wenn wir so weit wären, uns diese Gedanken machen zu können.

Zum Gaststättenrecht: Das ist der Weg in die richtige Richtung, das haben wir ganz klar gesagt. Es ist gut, dass es in die Richtung geht, aber es ist auch nur wieder eine verspätete Reparatur an einem überbürokratischen System. Die Genehmigungslogik wird durch die Anzeige-, Prüf-, Nachforschungs- und Fachrechtslogik ersetzt. Die Verwaltung wird digitalisiert, das ist auch gut, aber nicht wirklich zurückgenommen. Berlin schafft die Bürokratie nicht ab, sondern gibt ihr eine neue Benutzeroberfläche. Das ist ein Fortschritt, reicht aber nicht. Schade ist, dass das erst jetzt kommt. Klar, die Wahlen drängen. Der Druck nimmt zu, aber es geht erst am 1. Januar 2027 los. Das heißt, dieser Sommer fällt für die Außengastronomie weg. Das ist ein Problem. Ob das alle überstehen, weiß ich nicht. Im Schöneberger Kiez, im Nollendorfkiez, Motzstraßenkiez hat eine lange Gastronomie, ein Burgerladen, von einem Kubaner geführt, ganz toll, jetzt zugemacht. Es ist nicht so, dass die Leute nicht mehr können. Manche wollen auch nicht mehr, weil es schwerer wird, weil sie Probleme hatten, auch mit der Rückzahlung von Coronahilfen. Die Belastungen sind zu stark, und irgendwann ist die Grenze bei Unternehmern erreicht. Da hängen Leute dran, nicht nur die Mitarbeiter. Da hängen auch Familien dran. Diese Belastung wird nicht gesehen. Ich glaube, wir müssen wirklich einen Durchzug haben. Der Kollege Stroedter ist auch immer ein bisschen zaghaft in dieser Richtung. Manchmal habe ich das Gefühl, er übernimmt in manchen Teilen AfD-Argumente. Er macht es immer sehr charmant, damit es nicht zu deutlich wird, aber es sind schon richtige, kluge Gedanken manchmal dabei.

Dann die Gebühren, versteckte Gegenbelastungen: Ein Entlastungsgesetz darf nicht durch neue Gebühren, neue Verfahren oder neue Gutachterkosten aufgeessen werden. Lärmschutz? – Ja, dann macht man ein Schallgutachten, aber dann doch bitte, wo es ein Problem ist und nicht wieder grundsätzlich. Die Außengastronomie ist ein Zeichen von Urbanität. Wenn die Folsom bei uns in der Straße ist, kommen plötzlich 5 000 Sheriffs, schwarz, und rauchen Zigarre. Das ist zweimal im Jahr. Ich habe damit überhaupt kein Problem, ich wohne auch hinten raus, aber der ganze Kiez hat kein Problem damit. Das heißt, wer irgendwo hinzieht und merkt, da ist was los, muss das mitmachen oder sich irgendwie einrichten, aber dann zu sagen: Das kann hier nicht stattfinden, und das soll bitte woanders sein –, das kann für unsere Stadt wirklich nicht sein.

Immissionsschutz als neue Hauptbremse ist natürlich ein Problem, auch in der Fristenfrage. Wenn das Gaststättenrecht liberalisiert werden soll, aber Immissionsschutz zum eigentlichen Verhinderungsinstrument wird, ist auch wieder nichts gewonnen. Nicht jedes Café, nicht jede Terrasse, nicht jeder normale Außenbereich braucht vorsorglich teure Gutachten; das habe ich gerade gesagt, reduzieren auf das Notwendige.

Fehlerkultur statt Bußgeldkultur: Auch das ist vernünftig. Verwaltung soll ermöglichen, es „enablen“, ermöglichen, nicht einschüchtern bei erstmaligen formalen Fehlern, ohne Gefahr für Sicherheit und Gesundheit. Das muss man natürlich respektieren. Da muss aber zuerst der Hinweis erfolgen, eine Frist zur Nachbesserung gegeben werden. Das verbindet eine liberale Ordnungspolitik mit gesundem Menschenverstand. Dafür stehen wir.

Insgesamt zu dem neuen Gesetz, das wir in die richtige Richtung finden, aber eben zu zaghaft ist. Es ist ein Anfang und kein Durchbruch. Es kommt zu spät, wirkt zu langsam und bleibt zu stark, das höre ich immer wieder hier raus, im alten Berliner Verwaltungsdenken verhaftet. Man muss da ein bisschen mehr Freiheit geben, Luft zum Atmen, damit die Leute Lust haben, es auch weiter zu machen und sich nicht, ich will nicht sagen, gegängelt fühlen, aber diesem Druck standzuhalten, diesem Druck auf Umsatz, dass die Leute kommen, denn die Leute haben weniger Geld, die Restaurants sind nicht mehr so voll. Ich gehe mit dem Hund jeden Tag abends Gassi, ich sehe, was bei uns im Kiez los ist, und da ist vielleicht mal am Freitag, am Samstag etwas los, aber während der Woche ist da nicht wirklich viel. Insofern brauchen wir, glaube ich, wirklich einen ein luftigeren Ansatz, mehr Mut, mehr geschehen lassen, mehr ermöglichen. In dem Sinne noch mal: Berlin ist eine wirklich geile, tolle Stadt, aber sie wird unter Wert regiert, und das muss sich ändern.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann haben wir den Kollegen Wapler für Bündnis 90/Die Grünen.

Christoph Wapler (GRÜNE): Wir sind weit vom Thema abgekommen bis zu Olympia. Ich weiß nicht. Wenn es wahr ist, Berlin soll wieder groß denken, warum fällt mir dann immer Herr Landowsky ein? Aber das ist der Bankenskandal. Die Älteren werden sich erinnern, wie es ist, wenn Berlin groß denkt.

Wir reden hier viel über Entbürokratisierung, und das hat mich auch zu einer Meldung veranlasst, weil es das nicht ist. Die Regelung, nachgelagerte Kontrolle statt präventive Genehmigungspraxis, sorgt, jedenfalls bei den Bezirken, für erheblichen Mehraufwand. – Der Staatssekretär schüttelt den Kopf. Er kann dazu gleich Stellung nehmen. Das wäre nämlich die Fra-

ge, was für Erwartungen der Senat hat. Denn wenn ich vorher Zuverlässigkeit, Sachkunde, Eignung der Räumlichkeiten, Lärm und Geruch kläre, ist es das eine. Wenn nachher die Beschwerden kommen und mit Auflagen und nachträglichen Anordnungen nachgesteuert werden muss, dann ist das auf jeden Fall ein administrativer Mehraufwand. Mich würde interessieren, Frau Wolff hat es angesprochen, was mit dem zusätzlichen Personalaufwand ist, der aus den Bezirken, wie sie das gesagt hat, oder in die Bezirke reingehen muss, denn das berührt dann solche Sachen wie das Konnexitätsprinzip. Da würde mich dann schon mal die Haltung des Senats dazu interessieren, wo er den Mehraufwand sieht, und wer das Ganze letztendlich bezahlen soll.

Wenn der Vorsitzende sagt, man muss hier die Bezirke an die Kandare nehmen und für ein einheitliches Vorgehen sorgen, bin ich mal gespannt. Ist das dann ein Fall für die Einigungsstelle, oder wie soll das in der Praxis laufen? Wer sorgt denn da für eine einheitliche Handhabung, gerade wenn es um nachträgliche Anordnungen geht? Ist das von der Senatsverwaltung so gewünscht? Will sie sich da selbst den Hut aufsetzen, und wenn ja, wie macht sie das?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Das hat nicht der Vorsitzende gesagt, sondern der Vertreter der SPD-Fraktion. Darauf lege ich großen Wert, Herr Kollege Wapler. – Dann haben wir als Nächstes den Kollegen Schaal für die CDU-Fraktion.

Lucas Schaal (CDU): Herzlichen Dank! – Es wird schon eifrig diskutiert, wie man diese Stadt attraktiver bekommt, noch attraktiver bekommt. Sie ist natürlich im Kern attraktiv, und es war schön zu hören, dass dieser Ruf, den Berlin hat, international erhalten bleibt und erhalten ist. Unsere Aufgabe als Politik ist es, das konkrete Management, das konkrete Handling, vor Ort zu verbessern, und ich glaube, dass wir mit dem Gaststättengesetz hier einen Beitrag leisten.

Ich will die Fragen noch mal von links nach rechts durchgehen. Herr Buchhorn, mich würde interessieren, weil auch das Thema Hotellerie im Bereich Tourismus jetzt mit angeschnitten wurde, wenn Sie uns vielleicht noch mal aktuelle Zahlen geben könnten, Revenue Per Available Room in den verschiedenen Kategorien oder die Umsatzzahlen, wenn Sie es da haben, wie sich das in den letzten ein, zwei Jahren entwickelt hat. Man darf natürlich nicht vergessen, dass Deutschland seit vier Jahren in einer Rezession steckt, die sich auch auf den innerdeutschen Tourismus auswirkt, wir natürlich auch unter dem Krieg leiden, den es in Europa gibt, dadurch einfach weniger Tourismus aus Osteuropa in unserer Stadt kommt.

Herr Kieker! Sie haben es schon angedeutet, Sie sind wahrscheinlich das letzte Mal in der Funktion hier im Ausschuss. Deswegen darf ich mich auch namens der CDU-Fraktion noch mal bei Ihnen bedanken. Michael Dittmann hat mit Ihnen noch länger zusammengearbeitet, als ich es durfte. Herzlichen Dank, das wollen wir an der Stelle noch mal sagen, für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren! Bei Herrn Dittmann waren es noch ein paar Jahre mehr als bei mir.

Was uns interessiert, was wir von Ihnen hören wollten, ist noch mal das Thema Werbung, auch das Thema, wie kriegen wir unsere Stadt noch attraktiver. Sie haben unsere Attraktivitäten aufgezählt. Trotzdem sind wir mit diesen Attraktivitäten vielleicht nicht so leuchtend und so strahlend unterwegs, wie es andere Städte sind. Ich sage das jetzt mal provokativ: Behandeln wir unser Brandenburger Tor nicht gut genug? Das wäre jetzt die Frage, die sich natür-

lich an den Bezirk Mitte richtet: Warum wird es nicht länger beleuchtet? Warum gibt es Unter den Linden keine Weihnachtsbeleuchtung, um diese Attraktivität regelmäßig hochzuhalten und auch zu steigern, dass wir dann noch besser dastehen? An Sie gerichtet die Frage: Wie können wir unsere Attraktivitäten noch besser ins europäische Schaufenster stellen?

Dann mit Blick auf das Gaststättengesetz vielleicht noch die Frage an die beiden Bezirksvertreter: Sie kennen Ihre Bezirke gut. Ich glaube, vieles, was das Urteil zu den Ausgevierteln nahegelegt hat, lässt sich sehr pragmatisch auf einen Bezirk, den Sie gut kennen, runterbrechen. Deswegen mal Sie gefragt: Wenn die Senatsverwaltung Vorschläge zu Ausgevierteln in Ihrem Bezirk macht, wie schnell wären Sie denn in der Lage dazu, Bescheid zu geben, ob das in Ordnung ist oder nicht in Ordnung ist? Die Einschätzung dazu zu treffen kann eigentlich gar nicht so lange dauern. Sie kennen Ihren Bezirk gut. Die Strukturen sind bekannt, die Straßen sind bekannt, die Gewerbetreibenden sind bekannt. Mich würde interessieren, wie schnell Sie in der Lage sind, auf so einen Vorschlag der Senatsverwaltung zu reagieren.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen befinden sich nicht auf der Liste. Dann könnten wir jetzt in die Antwortrunde gehen. Ich würde als Erstes den Senat bitten, seine Antwort zu geben. – Herr Staatssekretär Fischer, bitte sehr!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst mal vielen herzlichen Dank für die zahlreichen Rückmeldungen und Fragestellungen rund um das Landesgaststättengesetz! Unser Ziel, als wir vor rund zwei Jahren mit einem Beteiligungsprozess begonnen haben, ist klar. Wir wollen die Vielfalt, die die Berliner Gastronomie heute darstellt, die 19 000 Unternehmen, die es hier in dieser Stadt gibt, mit einem möglichst praxistauglichen, rechtsicheren und digitalen System mit Augenmaß in die Zukunft führen. Dass es nicht mehr das Bundesgaststättengesetz von 1970 ist, glaube ich, ist auch im Zuge der Diskussionen der vergangenen Wochen deutlich geworden. Wir können als Land hier einen viel moderneren Angang beschließen, und insofern haben wir uns auf den Weg gemacht und in diesem Prozess auch die Bezirke und andere Akteure, insbesondere auch den DEHOGA, auf diesem Weg begleitet. Wir sind nicht die Ersten, die das machen, sondern es gibt eine ganze Reihe von Bundesländern, die sich in der Vergangenheit schon auf den Weg gebracht haben, eigene Landesgaststättengesetze zu machen. Herr Buchhorn hat es vorhin in seiner Stellungnahme schon dargelegt.

Wichtig ist uns vor allem, dass wir rund um das Thema Genehmigungen und Erlaubnispflichten moderner, schlanker werden und hier von einer Genehmigungspflicht zu einem Anzeigeverfahren übergehen. Das entspricht im Übrigen einem Verfahren, das wir in vielen anderen Politikfeldern fortsetzen, das auch der Anspruch ist, den Bund und Länder miteinander formuliert haben, mit einer Modernisierungsagenda digitaler und einfacher zu werden bei den Fragen, wie wir Gewerbetreibenden, aber auch Bürgerinnen und Bürger als Staat entgentreten.

Im Gewerberecht und gerade bei den Gaststätten ist es etwas ganz Besonderes. Die Tatsache, dass wir eine Erlaubnispflicht für Gaststätten in diesem Land haben, ist, wenn man auf die Gewerbefreiheit hier blickt, ein ganz besonderer Zustand. Man muss sich immer wieder fragen, warum wir das eigentlich machen. Warum müssen Gastronominnen und Gastronomen erst um Erlaubnis fragen, um ihrem Gewerk nachzugehen? Diese Frage kann man, glaube ich, heute beantworten. Man muss das nicht in allen Fällen tun, sondern man muss das für spezifische Fragen tun. Spezifische Fragen regeln sich aber am Ende nicht im Gaststättenrecht und

Gewerberecht, sondern das sind teilweise Fragen, die sich in ganz spezifische Fragestellungen fassen lassen, ob das baurechtliche Fragen sind, immissionsschutzrechtliche Fragen oder Ähnliche, und dort müssen sie dann auch beantwortet werden.

Deswegen trifft eine Genehmigungspflicht für ein kleines Café in einem Außenbezirk vielleicht nicht die gleichen Fragestellungen, die sich im Innenstadtbereich bei einer größeren gastronomischen Einrichtung stellen. Genau darauf versuchen wir, mit einem Anzeigeverfahren zu reagieren und hier zu deutlich mehr Einfachheit und damit am Ende auch zu Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen zu kommen, denn wenn alle alles überall prüfen müssen, dann vergeht natürlich Zeit, und es entstehen Kosten, die wir am Ende alle miteinander tragen müssen, und die am Ende auch die Bezirke tragen müssen. Deswegen ist eine Frage, die in diesem Zusammenhang gestellt wurde: Kommen dann Mehrkosten und Mehraufwand für die Verwaltung auf uns zu? – Unsere Antwort als Senatsverwaltung darauf ist Nein. Es wird ganz im Gegenteil so sein: Wir gehen davon aus, dass sehr viel weniger Verfahren am Ende entstehen, dass es sehr viel weniger Nachfragen geben wird und wir damit zu einer Entlastung kommen. Wenn wir über Konnexität sprechen, werden wir uns das natürlich in den kommenden Monaten genau ansehen, aber wir würden davon ausgehen, dass es eher in die andere Richtung gehen könnte. Das wird sich aber in der tatsächlichen praktischen Ausgestaltung zeigen.

Wichtig ist: Wir vermeiden in Zukunft Doppelprüfungen mit der Abkehr vom heutigen Erlaubnisverfahren. Wir prüfen nicht mehr am Anfang, sondern gehen direkt in die bau-, immissionsschutz- und straßenrechtlichen Prüfungen ganz spezifisch dort, wo es notwendig ist und eben nicht für alle immer überall. Das ist das Entscheidende dabei, dass wir hier damit Hürden abbauen. Wir erleichtern die Verfahren, indem wir die Gewerbeämter sich auf die wichtigen Dinge konzentrieren lassen. Das ist beispielsweise die Frage des Alkoholausschanks und der Zuverlässigkeitsprüfung hier. Deswegen brauchen wir nicht die IHK-Prüfung für alle, sondern wir müssen uns anschauen, wo die tatsächlich notwendig ist, und wo es vielleicht vorher Beschwerden gab, kann man dem tatsächlich noch nachgehen. Das gilt für die anderen Themen in diesem Zusammenhang auch.

Für die Gastronominnen und Gastronomen selbst bedeutet das am Ende mehr Planungssicherheit, weniger Bürokratie und ein vor allem klarer Weg zur Eröffnung. Wir müssen nicht abwarten, bis alle Ämter hier reagiert haben, sondern wir können schneller werden und damit Unternehmerinnen und Unternehmern, die in eine Gründung gehen, diesen Weg erleichtern. Wir erleichtern den Bezirksämtern die Arbeit mit weniger Abstimmungsschleifen, klaren Zuständigkeiten und dem gezielteren Einsatz des vorhandenen Personals. Das ist auch noch wichtig. Am Ende werden wir es schaffen, das komplett digitalisiert zu haben. Das ist ein wichtiger Schritt für die Gastronominnen und Gastronomen, aber auch für die Verwaltung, dass die Prozesse hier tatsächlich mit digitalen Tools, dafür brauchen wir auch die notwendige Zeit bis zum Inkrafttreten, durchgeführt werden können.

Jetzt ist eines der großen Knackpunktthemen eben die Frage der Außengastronomie gewesen und wie wir das in Zukunft festlegen wollen. Ich danke den Koalitionsfraktionen dafür, dass sie mit ihrer Einbringung diese Verantwortung an uns als Haus, als Senatsverwaltung, übertragen wollen, und dass wir es schaffen wollen, dass ein rechtssicher Rahmen gilt, der nach gleichen Standards berlinweit und nicht in unterschiedlichen Bezirken unterschiedlich beantwortet wird. Wir werden uns hier, sofern das Gesetz in dieser Form in Kraft tritt und be-

geschlossen wird, auf den Weg machen, sehr schnell mit den Bezirken in ein Gespräch zu kommen, wie wir ihre jeweilige Situation vor Ort bewerten und nehmen natürlich auch den Impuls, den wir von Ihnen bekommen, dabei ganz gezielt auf. Wir wollen einheitliche Regeln für die Gastronominnen und Gastronomen in den Ausgehvierteln schaffen, die wir dann gemeinsam festlegen können. Natürlich muss am Ende die Senatsverwaltung, die Hauptverwaltung, diesen Beschluss, wenn das Gesetz so in Kraft tritt, fassen. Wir wollen dabei aber möglichst schnell sein und die Akteurinnen und Akteure mit einbeziehen. Das gilt im Übrigen auch bei der weiteren Ausgestaltung genauso für die Gewerkschaften, für die NGG, die wir hier natürlich noch mal einbeziehen.

Dann muss man, das war eine Frage, die Herr Schwarze hatte, natürlich in beide Richtungen noch mal klar argumentieren. Ein Ausgehviertel ist kein Freibrief. In einem Ausgehviertel gelten natürlich weiterhin die immissionsschutzrechtlichen Regelungen, und da hat uns das Verwaltungsgericht in Berlin einen klaren Auftrag gegeben. Diese Regeln müssen eingehalten werden, und wenn es hier zu Anzeigen kommt, mehr als einer, dann muss dem natürlich nachgegangen werden. Und umgekehrt ist es auch so: Wenn Sie nicht in einem Ausgehviertel sind, dann können Sie einen gastronomischen Betrieb haben, der auch am Wochenende, am Freitag, Samstag, länger offen hat. Auch da gelten natürlich die Regelungen, so, wie sie in den Kriterien durch das Verwaltungsgericht ausformuliert worden sind. Wir erleichtern nur den Standard innerhalb der Ausgehviertel, dass wir das Ausgangslevel einmal festlegen, von dem wir ausgehen können.

Dann gab es noch ein paar weitere Rückfragen. Zum einen hatte ich schon gesagt: Wir starten nicht mit der generellen Erlaubnispflicht, das war Herr Valgolio, der das fragte, sondern gehen zum Anzeigeverfahren über, betrachten die fachspezifischen Fragen durch die jeweiligen Ämter.

Ganz im Gegenteil, ich schätze die Kollegin Gerold sehr und habe mit Sicherheit nicht die Augen verdreht, sondern wir wollen dabei auch auf die Expertise der Bezirke hören. Das haben wir in der Vergangenheit im Übrigen im Verfahren auch getan. Wir hatten, wie ich finde, ein sehr gutes gemeinsames Verfahren in den letzten Monaten. Wir werden selbstverständlich die Stellungnahme, die der Rat der Bürgermeister abgefasst hat, zur Verfügung stellen, damit diese in die Beratungen einbezogen werden kann, sodass am Ende auch gute Entscheidungen getroffen werden.

Wir werden jetzt, sofern das Gesetz in dieser Form hier durch das Hohe Haus verabschiedet wird, den Beteiligungsprozess einleiten, in dem tatsächlich noch einige Fragen zu klären sind, zum einen die Umsetzung des digitalen Tools in der Frage, wie wir das eigentlich mit dem Anzeigeverfahren machen, zum anderen aber auch die Festlegung der Ausgehviertel nach einheitlichen Kriterien und Standards.

Zu guter Letzt, Herr Schwarze: Das hatte ich bereits mit den Schließzeiten beziehungsweise der Außengastronomie beantwortet. Es kann natürlich sein, dass auch in einem Ausgehviertel aufgrund von Beschwerden spezifische Regelungen gefunden werden müssen, und umgekehrt wir auch außerhalb der Ausgehviertel tatsächlich zu Öffnungen kommen.

Dann gab es noch eine Frage rund um die Spätis und die Toilettenregelung. Da würde ich gerne mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, an den Kollegen Meinert weitergeben.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ja, bitte!

Philipp Meinert (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Zu der Frage nach den Spätis: „Späti“ ist keine Rechtskategorie, die existiert, sondern sie sind im Grundsatz Einzelhandel. Eine Toilettenpflicht für den Einzelhandel kann man im Gaststättengesetz nicht regeln. Das ist auch eine kompetenzrechtliche Frage. Dafür haben wir, was das Gaststättenrecht betrifft, keine Regelungskompetenz.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Zum Tourismus gab es auch noch einige Anmerkungen, und ich würde dazu gerne noch zwei Sätze sagen: Dass der Tourismus für das Land Berlin zu einer der wichtigsten Branchen zählt und von großer Bedeutung ist, muss ich, glaube ich, in diesem Raum nicht wiederholen. In der Tat ist es so, dass das vergangene Jahr mit Blick auf Übernachtungen und Besucherzahlen sehr ähnlich dem Jahr 2024 war und wir damit anschließen können. Man muss sagen: Aufgrund der geopolitischen und wirtschaftlichen Lage ist es nicht ganz einfach, an die Jahre vor Corona anzuknüpfen. Auch das Reiseverhalten hat sich geändert.

Wir müssen aber sagen: Wenn wir jetzt auf den BER blicken, dass sich die Zahlen im letzten Jahr noch einmal positiv entwickelt haben. Das ist sehr erfreulich. Jetzt gibt es sehr aktuell – Herr Kieker hat das auch schon erwähnt – einen Rückschlag mit Blick auf die Flüge und das Angebot, das Ryanair hier vorhalten will. Wir haben uns dazu in diesem Rahmen auch schon ausgetauscht. Wir bedauern sehr, dass Ryanair diese Entscheidung gefällt hat, können es aber ehrlich gesagt auch nicht ganz nachvollziehen. Zumindest nicht mit Blick auf den Standort. Denn wir haben hier keine zusätzlichen Gebühren für Ryanair in Verbindung gebracht, son-

dern offensichtlich ist es eher ein anderes Wettbewerbskriterium – Arbeitsplätze, Rahmenbedingungen –, die für Ryanair den Ausschlag gegeben haben, sich an andere Standorte zu wenden. Wir hoffen sehr, dass die Lücke gefüllt werden kann, und zwar sehr schnell, und dass sich andere Airlines finden, die die Destinationen anfliegen. Gerade Italien ist einer der Bereiche, in denen Ryanair bisher sehr stark ist.

Wir würden uns in der Tat, der Vorsitzender hat das angesprochen, auch immer noch ein größeres Engagement der Lufthansa für den Standort wünschen; das ist so. Wir würden uns vor allem auch über eine größere Offenheit für die Anflugmöglichkeiten Berlins aufseiten des Bundes wünschen. Wir setzen sehr darauf, dass wir die Bedingungen am Flughafen weiterhin so gut halten und offenhalten, dass wir uns im Wettbewerb auch durchsetzen können. Wir haben als Land Berlin auch ein Bundesratsverfahren zur Änderung der Luftverkehrssteuer eingebracht, da es auch Zusagen gab, die ehrlicherweise noch weiter abzusenken. Wir sind zufrieden damit, dass es die Absenkung auf das Niveau der letzten Regierung gegeben hat. Wir glauben aber auch, dass damit noch nicht das Ende erreicht ist, sondern dass wir weiter dafür kämpfen müssen, dass es zu weiteren Absenkungen kommt. Ansonsten halten wir uns hier im internationalen, gerade auch im europäischen Wettbewerb, für kaum konkurrenzfähig. Das wird schwer, auf Werbetour zu gehen.

Zu guter Letzt: Wir haben hier dankenswerterweise auch durch Unterstützung des Abgeordnetenhauses zusätzliche Mittel erhalten, sowohl für die Interkonnektivität und die Anbindung als auch für visitBerlin, die uns hier als schlagkräftige Organisation unterstützt, gerade was den Tourismus und die Anwerbestrategien angeht, und mit innovativen Ideen immer wieder um die Ecke kommt, wie wir in den letzten Wochen mitverfolgen durften. Ich glaube, da war vieles dabei, was in die richtige Richtung geht. Wir sind wirklich auch froh, wenn wir den Tourismus auch mit anderen Aspekten noch einmal weiter befeuern können und dafür gute Angebote machen können. Insofern können wir uns da eigentlich auch nur bedanken.

Es ist auch so, dass gerade, was die Nachhaltigkeitsthemen angeht, wir auf einem ganz guten Standard sind. Wir haben im letzten Jahr den vierten Platz unter den Top Ten der Metropolen im Global Destination Sustainability Index erreicht. Auch so ist Berlin weiterhin ein Name, und wir können hier mit den Dingen, die wir tun, werben. Insofern gibt es da schon auch positive Signale. Mit diesem Ausblick will ich die Stellungnahme an diesem Punkt beenden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann gehen wir in die Beantwortung durch unsere Anzuhörenden. – Herr Buchhorn, Sie fangen an.

Gerrit Buchhorn (DEHOGA): Ein paar Fragen waren nicht konkret an mich gestellt, aber ich versuche, sie zu beantworten. Das Thema Gewerbemieten müssen wir im Blick behalten, definitiv auch im Zusammenhang mit den Ausgevierteln. Es kann nicht sein, dass, wenn wir jetzt Ausgeviertel definieren, jemand auf die Idee kommt, die Mieten zu verdoppeln. Das wäre natürlich megakontraproduktiv. Da ist es sinnvoll, das Ganze zu beobachten.

Das Thema Schulungen im Landesgaststättengesetz wurde heiß diskutiert, auch mit der IHK. Da waren wir am Anfang teilweise nicht einer Meinung, aber letztendlich haben wir uns dazu abgestimmt, dass wir auf die Schulungen im Vorfeld verzichten. Es gibt auch viele, die vielleicht eine Ausbildung zum Koch gemacht haben oder eine gastronomische Ausbildung ha-

ben. Von daher ist eine nachgelagerte Schulung, sofern der Bedarf dann da ist, aus unserer Sicht vollkommen ausreichend.

Toiletten, Spätis: Die Spätis sind aus Sicht des Gastgewerbes durchaus eine Herausforderung, die dann vielleicht teilweise auch ihre Bänke vor die Läden stellen, obwohl sie es gar nicht dürfen, und die Bezirke vielleicht auch nicht die Kapazitäten haben, das zu kontrollieren. Es wird wahrscheinlich schwierig sein mit der Toilettenregelung, weil die meisten unter 50 Quadratmetern sind und von daher in der Regel gar nicht darunterfallen. Aber das Thema Toiletten, Spätis und Lärm und so weiter sollte man aus dem Abgeordnetenhaus und der Senatsseite vielleicht auch noch einmal betrachten, weil ich glaube, dass es durchaus Diskussionsbedarf gibt, wie man damit umgeht.

Gastgewerbe: Wir haben im Gastgewerbe bundesweit zu kämpfen. Wir sind bis zu 12 Prozent nominal unter dem Umsatz von 2019. Das ist eine ganze Menge Minus bundesweit. Wir bekommen das auch selbst mit, dass viele Betriebe aufgeben. Auch gute Betriebe sind dabei. Das liegt einfach daran, dass weniger Touristen in der Stadt sind und sich das Konsumverhalten geändert hat.

Wir haben unter anderem vorgeschlagen – da passt das mit der Außendarstellung ja auch ganz gut dazu –, dass wir die Genusshauptstadt Berlin bewerben. Dazu haben wir mit visitBerlin schon einen Antrag gestellt, um daraus ein Vermarktungskonzept zu machen. Wir haben so eine gastronomische Vielfalt, die wir aber aus unserer Sicht viel zu wenig nach außen stellen. Das ist, glaube ich, eine Sache, wo wir neben der Kultur vielleicht auch noch einen guten Punkt haben, für Berlin zu werben, nämlich mit der gastronomischen Vielfalt. Ich bin sehr gespannt, ob das mit dem Antrag funktioniert. Ich glaube, das wäre etwas, was wir mit visitBerlin auf jeden Fall angehen könnten, um vielleicht auch noch einen Reisegrund Gastronomie ergänzend zu etablieren.

29 Millionen sind keine schlechte Zahl, aber wenn Sie den Kuchen verkleinern und die Anzahl der Betriebe gleich bleibt, ist das nicht so gut, um es mal so zu formulieren. Sie müssen auch bedenken – ich glaube, das habe ich letztes Mal auch schon gesagt –, dass wir in den letzten Jahren mit erheblichen Kostensteigerungen zu tun hatten, bis zu 35 Prozent, auch aufgrund von Mindestlohn, Energie, Lebensmitteln und so weiter. Da brauchen Sie natürlich dann auch eine höhere Auslastung, um die Kosten am Ende des Tages zu decken.

Wir sind jetzt in Berlin im Zeitraum April bis Januar bei 67,18 Prozent Auslastung über alle Segmente hinweg. 2019 waren es 73,69 Prozent; das war die Frage von Herrn Schaal. Die Durchschnittsrate Januar bis April über alle Segmente: 108 Euro. Da gibt es eine Steigerung zu 2019 mit 91,70 Euro. Wobei ich finde, dass das keine Megasteigerung ist. Der Umsatz pro verfügbaren Zimmer: Da waren wir 2026 im Zeitraum bei 73 Euro und 2019 bei 67 Euro. Frau Wolff hatte das, glaube ich, gefragt. Das war eine ähnliche Frage beim letzten Mal.

Die hochpreisigen Segmente leiden stärker darunter als jetzt zum Beispiel Hostels. Das Circus Hotel schließt gerade. Dagegen macht ein großes Hostel am Checkpoint Charlie auf. Da sieht man wieder, wie sich das verlagert. Das hat natürlich auch etwas mit den Preissegmenten zu tun. Nichtsdestotrotz haben wir nur um die 20 Fünf-Sterne-Hotels, also so viel ist es gar nicht. Dementsprechend ist es wichtig, dass zahlungskräftige Kunden nach Berlin kommen. Gäste des Messe- und des Kongressgeschäftes sind immer die, die sich das im Zweifel auch leisten

können, beziehungsweise auch Amerika und Co. Das sind Zielgruppen, die wir natürlich stärker brauchen. – Die Zahlen der Hotels habe ich schon genannt: Das andere war für die anderen. Mehr habe ich, glaube ich, nicht zu beantworten. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Stellungnahme! – Frau Gerold, bitte sehr!

Bezirksstadträtin Annika Gerold (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Vielen Dank! – Ich möchte auch gleich vorweschicken, dass ich mich nach meinem Redebeitrag verabschieden muss. Ich hatte bis 16.00 Uhr zugesagt und würde jetzt den kleinen Zeitraum noch nutzen, aber dann muss ich mich verabschieden.

Ich möchte noch einmal einleiten: Aus meiner Sicht wurde vielfach der Eindruck erweckt, dass mit der Abschaffung der Erlaubnispflicht ein Problem gelöst würde, das aktuell massiv mit diesem Verfahren existiert. Ich möchte mich da auch meinen Bezirksamtskolleginnen und -kollegen der anderen Bezirke anschließen, die das auch übereinstimmend kritisiert haben. Aus Sicht der Bezirksämter gibt es mit dem Erlaubnisverfahren kein Problem, weder mit dem Verfahren noch mit der Dauer. Mir sind auch keine Beschwerden von Gewerbetreibenden in diesem Zusammenhang mit dem Erlaubnisverfahren bekannt. Es kann möglicherweise auch daran liegen, dass die wenigsten beschließen, von heute auf morgen eine Gaststätte zu eröffnen und Investitionen zu tätigen, sondern dem geht meistens auch ein gewisser individueller Prozess und eine Auseinandersetzung mit den gegebenen Rechtsfragen voraus.

Herr Staatssekretär! Sie haben jetzt auch noch einmal ausgeführt, dass den Bezirksämtern die Arbeit damit erleichtert würde. Da muss ich widersprechen, weil das tatsächlich eine übereinstimmende Position war, die von allen zwölf Bezirken formuliert wurde, die von den fachlich zuständigen Abteilungen und auch so im Rat der Bürgermeister vorgetragen wurde, dass insbesondere durch die Abschaffung des Erlaubnisverfahrens mit einem deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand durch nachgelagerte Kontrollen und vor allem durch die nachträglichen Anordnungen und in dem Zusammenhang dann auch mit den dann folgenden Widerspruchs- und Klageverfahren zu rechnen ist. Das sehen wir auch jetzt schon in der Praxis, wenn wir bestimmte Dinge anordnen, ist es teilweise von erheblicher Dauer, die auch zu vollziehen, weil selbstverständlich auch der Widerspruchs- und Klageweg grundsätzlich feststeht. Wir haben auch heute schon das Problem, dass wir Anwohnende trotz eindeutiger Rechtslage nicht unbedingt schützen können, weil Betreiber einen langen Widerspruchs- und Klageweg wählen und wir das dementsprechend nicht festsetzen können.

Ein Punkt, der mich tatsächlich auch ein bisschen irritiert: Es mag daran liegen, dass hier auch heute unterschiedliche Punkte diskutiert werden – zum einen das Thema Tourismus, zum anderen das Thema Landestouristengesetz. Mir erschließt sich nicht, inwieweit jetzt die geplante Modernisierung eine Erleichterung hinsichtlich der konjunkturell bedingten Herausforderungen darstellt. Das ist für mich bisher nicht schlüssig dargelegt worden. Das sollte auch aus meiner Sicht überhaupt nicht vermischt werden. Der Senat hat auch bereits beim Thema Sondernutzungsgebühren versucht, das als eine Form der Wirtschaftsförderung zu nutzen. Davor würde ich warnen. Das würde ich nicht tun. Hier geht es um Genehmigungsfragen und hier geht es nicht um Wirtschaftsförderung.

Das Thema mit den Schulungen sehe ich auch sehr kritisch – die Linke hat das gefragt. Wir hatten heute schon – und das ist auch ein Thema des Senats –, dass die Gewerbeüberwachung eigentlich auf neue Füße gestellt werden müsste. Wir haben erhebliche Vollzugsdefizite, auch in der Gewerbeüberwachung. Die Senatsverwaltung beabsichtigt, die Gewerbeüberwachung neu zu ordnen, und ich glaube, dass es sinnvoll gewesen wäre, das mit einer solchen Gesetzesreform zusammen zu machen. Es ist bisher noch nicht abgeschlossen und noch nicht geklärt.

Vollzugsprobleme haben wir beispielsweise auch heute schon, und das ist auch im Zusammenhang zu sehen: Wen beteiligen wir auch im Erlaubnisverfahren bei der Lebensmittelkontrolle? Lebensmittelkontrolle ist europarechtlich geregelt, und aufgrund der personellen Ausstattung in Berlin – Bayern hat beispielsweise pro Einwohner ungefähr dreimal so viele Kontrolleure wie Friedrichshain-Kreuzberg, bei einer viel kleineren Betriebsdichte – kommen wir ungefähr auf 10 Prozent der EU-rechtlich vorgeschriebenen Kontrollen. Insofern ist es wichtig für uns, auch präventiv agieren zu können. Dazu gehören Schulungen und dazu gehören eben auch bestimmte Auflagen. Ich glaube, das ist auch im Sinne des Verbraucherschutzes, dass die Menschen gerne essen und konsumieren wollen, wo es hygienisch auch einwandfrei ist.

Nächster Punkt: Vielleicht noch einmal die Frage zu den Spätis. Die sind in der Regel erlaubnisfreie Gaststätten und dürfen dann in dem Zusammenhang eigentlich auch keinen Alkohol ausschenken. Insofern bewegen wir uns da auch heute schon in Bereichen, die aus verschiedenen Gründen einer Überarbeitung bedürftig wären. Das Thema Toiletten ist aus meiner Sicht auf jeden Fall auch ein wichtiger Punkt.

Dann auch noch einmal zu der Frage, wie schnell hinsichtlich der Vorschläge der Ausgehviertel reagiert werden könnte: Ich würde meine Kritik aufrechterhalten, dass für uns sich die Frage, wann und nach welchen diskriminierungsfreien Kriterien ein Ausgehviertel definiert wird, durch die jetzige Debatte nicht aufgelöst hat. Mit Blick auf das Urteil zur Kastanienallee, das angesprochen wurde: Da ist beispielsweise auch insbesondere das Thema Straßenlärm mit in die Betrachtung eingeflossen. Straßenlärm ist eigentlich kein Regelungsstatbestand aus dem Immissionsschutz, und müsste eigentlich separat bewertet werden. In dem Fall kam das Gericht dann auch vor dem Hintergrund der allgemeinen Geräuschkulisse, die auch Straßenlärm berücksichtigt hat, zu dieser Einschätzung. Das kann man aber nicht einfach übertragen auf alle möglicherweise in Rede stehenden Ausgehviertel. Ich würde mich, wie gesagt, stellvertretend auch für die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bezirken freuen, wenn insbesondere das noch einmal rechtssicher definiert werden würde und wenn wir das Thema der Anzeigepflicht noch einmal kritisch gemeinsam diskutieren würden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Herr Hikel, bitte!

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für das Interesse an dem Thema hier aus dem Ausschuss. Ich werde auch wie vorhin mehr zum Landsgaststättengesetz etwas sagen können. Ich glaube, zum Thema Gewerbemieten würde ich bestätigen, dass es in dieser Stadt ein relevantes Problem ist. Ich glaube, es wäre aber das falsche Instrument zu sagen, dass man, weil die Gewerbemieten hoch sind, das Landsgaststättengesetz nicht anfassen sollte, weil das andere das tiefgreifendere Element oder Möglichkeit ist. Es wäre, glaube ich, jetzt nicht richtig, weil es eher vom Thema

ablenken würde und von dem, was wir mit dem Landesgaststättengesetz eigentlich machen möchten. Insofern: Das eine tun und das andere nicht lassen. Beides ist angezeigt und jeweils in den Kompetenzbereichen des Landes Berlins.

Der Vorteil von Anzeigeverfahren statt Genehmigungsverfahren ist, glaube ich, der – gerade aus Sicht von kleineren Betrieben, was aus wirtschaftspolitischer Sicht zu betrachten wäre –, dass ein Gewerbetreibender nicht auf die verschiedenen Ämter zugehen und sich den entsprechenden Antragsverfahren stellen muss und dementsprechend auch eine Expertise braucht, die bisher oftmals die Wirtschaftsförderungen versuchen zu kompensieren. Ich habe beim Anzeigeverfahren auch gewünscht und angeregt, dass es eine regelhafte Rückmeldung an die Anzeigenden geben solle, dass sie sich innerhalb dieser Wochen an entsprechende Ämter zurückmelden sollen, weil es eben durchaus im Einzelfall noch Umstände gibt, die vielleicht ein Betrieb nach sechs Wochen auch verunmöglichen könnten.

Ein Beispiel sei genannt, was aber ein Einzelfall wäre: Es gibt durchaus Betriebe oder Gaststätten, die mal als Gastronomie aufgemacht haben oder jetzt eine Gastronomie sind, aber eine Nutzungsgenehmigung von der Bau- und Wohnungsaufsicht als Schlosser oder irgendetwas anderes drinstehen haben. Das bedeutet: Diese müssten, wenn dort ein neuer Betreiber reinkommt, dann im Grunde genommen eigentlich vom Vermieter darüber informiert werden, dass sie dort keine Gastronomie aufmachen können. Dem kommen die Vermieter nicht immer nach, und das bedeutet, dass dann die Anzeigenden, vom Bezirksamt, also der Bau- und die Gewerbeaufsicht, eine Nutzungsuntersagung bekommen, weil sie tatsächlich keinen Gastrobetrieb dort aufmachen könnten. Das ist ein Sonderfall. Der würde aber natürlich im Rahmen eines Anzeigeverfahrens zu erheblichen Verzögerungen führen und würde dann, wenn das Bezirksamt sagt: „Moment, du kannst nicht anfangen“ –, dann auch durchaus für den Betreiber ein Problem sein, wenn er diese Information nicht hat, weil er vielleicht schon Investitionen in die Räumlichkeiten und so weiter gemacht hat.

Das bedeutet: Dieser Hinweis auf vielleicht notwendige Genehmigungen aus den Ämtern – ob es jetzt die Landesimmissionsschutzgesetzregelungen sind oder ob es eben Regelungen aus dem Bauordnungsrecht sind – ist durchaus relevant und wichtig. Darum wäre es wichtig, im Rahmen des Anzeigeverfahrens diesen Hinweis zu geben, was gleichzeitig auch eine Lotsenfunktion sein kann, nämlich die entsprechenden Informationen aus den Genehmigungsbehörden zu bekommen. Insofern ist das schon ein Stück weit eine Erleichterung, weil es auf der einen Seite die Wirtschaftsförderung in den Bezirken von dieser Lotsenfunktion etwas entlasten könnte und auf der anderen Seite aber auch ein Stück weit Transparenz für die Gewerbetreibenden von vornherein im Rahmen des Anzeigeverfahrens geben könnte, wohin sie sich im Bezirk noch wenden können, um die entsprechende Rechtssicherheit zu bekommen.

Dass wir im Nachgang von auch genehmigten Gastronomen immer wieder Beschwerden von Nachbarinnen und Nachbarn haben, wo wir in aufwendige Nachweisverfahren gehen, woher der Lärm kommt, wenn es vermeintlich zu laut aus der Eigengastronomie ist, ist, glaube ich, das tägliche Brot, was oftmals sehr personalintensiv ist, was nicht immer auch vom Genehmigungsverfahren im Vorfeld absehbar ist. Beispielsweise auch hier: Wir haben im Bezirk Neukölln oftmals Verfahren, wo sich Nachbarinnen und Nachbarn über den Lärm vermeintlich aus der Gastronomie beschwerten, es sich aber real bei den Messungen, die dann nachträglich gemacht werden, herausstellt, dass der Lärm nicht aus der Gastronomie kommt, sondern von den Leuten, die auf der Straße zum Beispiel beim Späti ihr Bier gekauft haben und sich dann

gemütlich auf dem Stadtplatz ein Bier genehmigen. Das sind dann die Probleme, wo der Lärm herkommt. Das ist aus Sicht der Anwohner aber unerheblich, weil für die ist es immer laut, und die haben erst mal den Eindruck, es kommt aus der Gastronomie oder es kommt von den Touristen und so weiter. Das heizt auch unsere politischen Diskussionen auf, und insofern sind das ohnehin sehr aufwendige Verfahren, die im Beschwerdefall nachgelagert kommen, und die uns auch davon nicht erlösen werden.

Die Frage ist tatsächlich – und das würde ich mir wünschen, dass es eine recht frühzeitige Evaluation gibt, wenn dieses Anzeigeverfahren eingeführt wird –, inwiefern es tatsächlich zu wesentlich mehr Aufwendungen kommt, in welchen Ämtern diese gehäuft auftreten, um dann gegebenenfalls auch mal nachzusteuern. Denn dann würde ich schon auch sagen, dass die Konnexität gelten muss, wenn wir merken, es ist vielleicht am Genehmigungsverfahren etwas vermeintlich leichter, oder es scheint erst mal weniger Aufwand in den Ämtern zu entstehen, aber nachgelagert im Rahmen der Kontrolle und des Beschwerdemanagement tauchen dann doch wieder die gleichen Probleme auf, die vielleicht sogar stärker sind, weil die Klagen kombiniert sind. Dann sollten wir uns schon noch mal sehr intensiv über entsprechende Ressourcen unterhalten.

Ich gehe aber davon aus, dass das Regelverfahren – davon geht der Gesetzgeber hoffentlich auch aus –, dass die meisten sich des Risikos und den Rechten und Pflichten einer selbstständigen Wirtschaft bewusst sind und dementsprechend auch Vorkehrungen treffen, im Regelfall auch hoffentlich funktioniert und sich Menschen auch daran halten, wenn sie entsprechende Genehmigungen holen. Dieses Vertrauen erst mal gegenüber den Anzeigenden auszusprechen, ist erst einmal etwas, was aus einer wirtschaftspolitischen Sicht sehr zu begrüßen ist, eben aus den genannten Gründen.

Zur Frage, warum Dinge lange dauern: Ich würde mich bei allem Respekt, Herr Vorsitzender, nicht in dieses Bashing hier einreihen wollen, weil ich glaube, wir haben oftmals in den Verwaltungen mit Genehmigungsverfahren zu tun, die auf gesetzlichen Grundlagen fußen, die ihren Ursprung in den Parlamenten dieser Republik finden und dementsprechend wir nur Recht und Gesetz umsetzen, was dementsprechend auch die Komplexität unserer Gesellschaft abbildet. Insofern ist es trotzdem ein guter Versuch, das über ein anderes Verfahren nachträglich zu korrigieren. Da muss man schauen, ob es zu einer Entbürokratisierung und einer Erleichterung führt, und wir vielleicht im Rahmen des Genehmigungsprozesses im Vorfeld vielleicht viele Ressourcen aufgewendet haben, viele Bedenken hatten, die sich in der Praxis vielleicht gar nicht so zeitigen. Davon geht man aus, wenn man erst mal von einer Anzeige ausgeht, dass dann vielleicht weniger Beschwerden kommen, als man eigentlich erwartet. Ich glaube, das ist jetzt ein bisschen die Wette in die Zukunft. Da ist es logischerweise die Haltung der Verwaltung und auch meiner Verwaltung, dass man erst mal skeptisch ist, weil man halt nicht möchte, dass man in schwierige Situationen und Lagen kommt. Da braucht es, glaube ich, einfach ein Commitment, dass wir – wenn es sich abzeichnet, dass wir hier einen wirklichen großen Mehraufwand haben – uns dementsprechend rechtzeitig zusammensetzen und dann auch im Rahmen der Kooperation miteinander nachsteuern.

Zur Frage, wie schnell wir Rückmeldung zu Ausgehvierteln geben können und wie schnell wir reagieren können, wenn ein Vorschlag kommt: Ich glaube, es kommt auch ein Stück weit darauf an, welche Viertel und Quartiere oder Straßenzüge denn definiert werden. Ich gehe davon aus und wünsche mir, dass das im Dialogprozess funktioniert und nicht in einem: Hier

ist der Vorschlag, sagt etwas –, und wir sagen Nein, und dann wird es trotzdem gemacht und tschüss. Sondern ich gehe davon aus, dass es wie bisher auch in einem vernünftigen Dialogprozess funktioniert und wir auch vielleicht unsere Hinweise geben können, eben aus den genannten Gründen, was wir mit den benachbarten Gastronomien machen, die vielleicht auch dazu gehören wollen. Wie können wir denn im Verfahren mit denjenigen umgehen – das übliche Verfahren, wenn es keine Beschwerden nach 22.00 Uhr gibt, dann kann auch dort der Stuhl draußen stehen bleiben. Wo machen wir eine Grenze? Wo kommen wir auch überein, dass wir da ein gemeinsames Verständnis haben, wie wir in unserem Genehmigungsverfahren und in einer Genehmigungspraxis außerhalb der Ausgehviertel umgehen? Das wäre an der Stelle wünschenswert und darum hängt es einfach vom Einzelfall ab, um realistisch und auch nachvollziehbar beurteilen zu können, wie lange etwas dauert.

Die Frage, ob es das Finden von Nachfolgern vielleicht erleichtern würde und Leerstand verhindern könnte: Ich glaube, dass genau das Gesetz zum Thema Leerstand und Übergangsregelungen auch einen entsprechenden Passus hat, den wir sehr begrüßen, weil es dann auch genau solche Experimentierorte möglich macht. Da haben wir im Bezirk Neukölln sehr gute Erfahrungen mit gemacht, auch vor knapp 20 Jahren mit sogenannten Zwischennutzungsagenturen, die seinerzeit leerstehende Gewerberäume temporär anderen Nutzungen, Künstlern oder auch anderen zum Ausprobieren zur Verfügung gestellt haben.

Ein erleichtertes Verfahren auch für diese Zwischennutzung könnte vielleicht Nachfolgern und Nachfolgerinnen ein Stück weit Raum fürs Experimentieren geben und es auch vielleicht leichter machen, aber auch das ist eine Hypothese, die es gilt, dann am Ende zu belegen, wenn es denn kommt. Ich glaube aber, dass die Erleichterung und die Verschlinkung des bürokratischen Verfahrens aus Sicht der Anzeigenden – wohlgemerkt erst einmal – vielleicht die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass man vielleicht einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für seine eigene Gastronomie findet. Ich kann nur leider das Phänomen für den Bezirk Neukölln nicht so richtig bestätigen, dass wir in den nachgefragten Gebieten viel Leerstand haben. Da ist es eher, dass wir schauen, dass wir die kleinen Nutzer nach Möglichkeit lieber unterstützen wollen würden, aber das können wir auch nicht immer, weil das immer eine Individualentscheidung ist, an wen ein Eigentümer seine Liegenschaft oder seine Gewerbeeinheit vermietet oder auch, wer sich darauf bewirbt, was man für Mieten verlangt und so weiter. Das sind dann immer Verhandlungen, die zwischen Vermieter und Mietern meistens laufen. – Ich hoffe, dass ich weitestgehend die meisten Fragen oder Hinweise habe beantworten können. Ansonsten freue ich mich auf weitere Nachfragen!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Hikel! – Herr Kieker!

Burkhard Kieker (Berlin Tourismus & Kongress GmbH): Vielen Dank! – Ich fange mal mit der Frage von Herrn Schwarze an, ob wir unseren USP verloren haben. Ich würde sagen: Der USP von Berlin sind die bekannten Werte, und die sind auch weitgehend unangetastet – als Stadt der Freiheit, der Toleranz, auch als Ort, wo viele Menschen Zuflucht suchen und uns kulturell hier bereichern und beleben. Es ist ein Begleitumstand, dass wir teurer geworden sind. Hier komme ich auch nicht umhin, noch mal die City Tax zu erwähnen, gerade in dem Bereich, der uns im vergangenen Jahr noch gerettet hat. Das war nämlich das MICE-Geschäft, das sich im vergangenen Jahr sehr gut entwickelt hat: gleiche Zahl von Veranstaltungen, aber fast 25 Prozent mehr Teilnehmer. Allerdings waren das zum Beispiel Veranstalter wie der Europäische Brustkrebskongress; der größte, den wir je hatten. Die hat diese unerwartete Er-

höhung der City Tax – also erstens die Ausweitung auch auf Geschäftsreisende, mithin Kongressgäste, zweitens noch mal eine Erhöhung von 5 auf 7,5 Prozent – 200.000 Euro gekostet, allein diesen einen Kongress. Dass die dann zu uns kommen und sagen: Ja, wie gleicht ihr das auch aus? Habt ihr euch doch einfallen lassen. – Sie können sich vorstellen, wie viele Diskussionen wir hatten. Ich habe jetzt nur mal das Beispiel dieses größten Kongresses genommen. So etwas kommt auch davon. Wir sind mit Amsterdam zusammen die teuerste Stadt, was die Tax angeht. Das ist inzwischen fast prohibitiv aus meiner Sicht.

Das zweite Thema: Wir müssen einfach sehen, dass wir beim Consumer Confidence Index, der von der GfK jedes Jahr monatlich gemessen wird, inzwischen knapp über dem Niveau sind, das wir auf dem Höhepunkt von Corona hatten. Das heißt: Die Konsumbereitschaft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist sehr weit unten. Das gilt nicht nur für Deutschland, die geopolitische Lage, muss ich Ihnen nicht erklären. Wenn dann noch hinzukommt, dass ein Flug aus Madrid – ich habe es gerade selbst gecheckt, weil ich da privat hin muss – über ein verlängertes Wochenende mit einer Low-Cost-Gesellschaft 500 bis 600 Euro kostet, anstatt wie früher 150 Euro, dann wissen Sie, wo das Geld bleibt, was dann am Ende auch nicht mehr in der Gastronomie landet. Wenn man sagt: Ich fliege trotzdem, ich leiste mir das –, dann geht man im Hotel eine Kategorie runter, geht weniger einkaufen, wenn es denn geht und wir nicht geschlossen sind.

Das ist auch ein sehr interessanter Punkt, der uns öfter genannt wird, dass wir hier doch gerne ab Samstagmittag die Bürgersteige hochklappen, was kein Mensch versteht, außer unserer Sozialsenatorin. – [Zuruf] – Es gibt auch Mitarbeiter, die uns sagen, dass sie gerne auch am Sonntag arbeiten, damit sie unter der Woche mal einen Tag frei haben, aber das ist nicht mein Thema. Da kann Herr Busch-Petersen viel besser Auskunft geben. Ich kann Ihnen nur sagen, was Sie von mir wissen wollen, was die Hindernisse sind was die Nachteile sind. Ich zähle sie gerade auf, vor allem im internationalen Vergleich. Wir sind eine einsame Insel, die sich das leistet.

Was das Ansehen in der Welt angeht, wollte ich Ihnen diese Zahl nicht vorenthalten. Das können Sie auch gerne bei uns abrufen. Wir monitoren 30 Umfragen weltweit von den verschiedensten Institutionen. Da sind wir bei 20 von 30 unter den Top Ten und oft auch unter den Top Five, was Kultur angeht, was das musikalische Angebot angeht, was das Gastronomieangebot angeht. Dieser USP Berlins läuft, der ist da, aber wir schaffen eben Rahmenbedingungen oder wir belassen Rahmenbedingungen, die die Sache schwierig machen.

Herr Fischer, Sie sitzen im Aufsichtsrat des Flughafens, kennen sich deswegen auch sehr gut aus. Tatsächlich sind die Fluggastzahlen im Vergleich zu 2019 um 32 Prozent zurückgegangen. Das ist schlichtweg eine Katastrophe. Wenn Sie sagen: Der Flugverkehr hat zugenommen. – Ja, um ein, zwei Prozent! Wie viele Jahre müssen wir um ein, zwei Prozent zulegen, um mal irgendwann wieder auf den Fluggastzahlen von 2019 zu sein? Von diesen 10 Millionen, die uns fehlen – es waren 35 Millionen, jetzt sind wir bei 25 Millionen –, sind vielleicht zwei, drei Millionen innerdeutsche. Die sind zur Bahn abgewandert, die kommen trotzdem. Das ist auch vernünftig und richtig. Da finden Sie in mir einen ganz großen Fan, aber der Rest sind europäische Passagiere, die uns fehlen. Haben wir vor Corona noch um jede Langstrecke verbissen gekämpft, zumal nach dem Niedergang von Air Berlin, kämpfen wir heute um das Brot-und-Butter-Geschäft.

Damit komme ich zu einem Punkt, den Sie, Herr Stroedter, fragten: Ich kann es noch mal resümierend sagen, auch als früherer Marketingchef des Flughafens: Wir bauten erstens den falschen Flughafen, das wollte auch keiner hören. Wir haben München, Frankfurt, Amsterdam für einen Markt nachgebaut, von dem damals schon absehbar war, dass wir ihn so nicht brauchen. Wir haben jetzt eine 600 Millionen Euro teure Gepäcksortieranlage, die nichts zu sortieren hat, weil keiner umsteigt. Dann hatten wir zweitens eine achtjährige Verzögerung, an der sich Siemens dumm und dusselig verdient hat, weil jede Stunde einzeln abgerechnet wurde, mit dem Ergebnis, dass trotz mehrmaliger Entschuldung die Flughafengesellschaft

immer noch 4 Milliarden Euro Schulden hat und entsprechende Gebühren nehmen muss. Deutschland ist irre teuer, und der BER nimmt Adlon-Preise, obwohl er nur ein ibis-Hotel ist. Das ist die Lebenslüge dieses Flughafens, und das hat dazu geführt, dass inzwischen das Brot-und-Butter-Geschäft in Größenordnung abwandert. Das Abgeordnetenhaus, Sie, und auch SenWiEnBe hat uns hervorragend unterstützt. Wir haben Geld, wir gehen zu den Airlines, aber wenn Ryanair – ich gebe Ihnen recht, aus verschiedenen Gründen, außerdem sind das Banditen – von im Moment 4,6 Millionen Passagieren auf 2,2 Millionen Euro runtergeht, dann ist das so ein Schlag ins Kontor, den man auch mit guten Beziehungen und netten Incentives nicht ohne Weiteres ausgleichen kann. Mit anderen Worten – übrigens: mein Nachfolger, Herr Dr. Amann, ist heute auch hier –: Ich kann mir vorstellen, dass die Weihnachtsmärkte einsam werden, weil diese Flugstreichungen im Oktober stattfinden. Ab Oktober geht es massiv nach unten. Im Moment fliegen die noch das normale Programm.

Meines Erachtens müssen Sie sich – auch wenn das wahnsinnig schwer ist, ich sage das jetzt nicht so kneipenthekenmäßig locker – dieser Lebenslüge stellen. Der BER muss entschuldigt werden, wie auch immer, entweder durch eine Teilprivatisierung oder durch die Gesellschafter, um irgendwann die Gebühren nehmen zu können, die ihn im Wettbewerb halten. Er ist schlicht zu teuer, nicht nur durch die hohen deutschen Gebühren, wo wir auch unrühmlich sind. Letzte Zahl dazu: Der europäische Luftverkehr ist inzwischen bei 119 Prozent. Er hat sich fast 20 Prozent zu vor Corona weiterentwickelt. Deutschland ist bei 93 Prozent, der BER bei unter 70 Prozent. Das ist die Lage.

Ich sage Ihnen: Weder meine Kolleginnen und Kollegen noch ich, noch Herr Amann in Zukunft werden diese Zahlen ausgleichen können, wenn Ihnen 5 bis 6 Millionen europäische Passagiere fehlen. Ich rede hier nicht von Langstrecken. Mit meinen Kollegen in London oder Paris witzle ich immer, wenn ich die sehe: Ihr braucht morgens doch gar nicht aufstehen, ihr könnt euch gleich wieder hinlegen –, weil jeden Tag 200 Langstreckenflüge kommen. Bei uns kommen drei oder vier. Das ist der große Unterschied. Deren Hotels, auch die Fünf-Sterne-Hotels, sind automatisch voll. Wir müssen hier immer die Extrameile gehen. Ich sage mal im Sinne meines Nachfolgers und meiner Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen Geld, um das auszugleichen. Wir haben einen solch strukturellen Nachteil. Wer im Mittelalter keinen Hafen hatte, hatte verloren. Wer vor 100 Jahren keinen Bahnhof hatte und wer einen Flughafen hat, der, auch von der Lufthansa, so unter Wasser gedrückt wird, hat Schwierigkeiten und muss versuchen, es irgendwo auszugleichen. Ich bin froh, dass wir es trotzdem unter die Top Drei geschafft haben. Helfen Sie uns, dass wir dort bleiben! – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kieker! – Zum Abschluss Herr Strecker, bitte!

Georg Strecker (INTOURA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte da gleich noch einmal kurz anschließen. Diese Finanzierungsgrundlage von visitBerlin zum Beispiel ist auch aus Sicht von INTOURA und in den Betrieben, die bei uns Mitglied sind, auch wirklich nicht ganz unwichtig. Wenn ich das richtig verstanden habe – ich bin da nicht wirklich so ein Insider, was das angeht –, scheint es oft so zu sein, dass viele der tollen Sachen, die visitBerlin für uns alle macht und machen will, erst einmal als Projekt beantragt werden müssen. Dann geht es durch einen Genehmigungsprozess, der manchmal etwas dauert und das Geld ist aber noch gar nicht da. Das heißt, sie können noch gar nicht daran arbeiten, und wenn dann das Geld kommt, ist der Projektanlass schon wieder fast Vergangenheit. Das ist, glaube ich, ein grund-

sätzliches haushälterisches Problem, das man vielleicht auch mal auf anderer Ebene diskutieren müsste. Ich denke aber, dass da bestimmt eine Krux liegt, dass man hier ein vom Know-how her super aufgestelltes Organ hat, das manchmal ein bisschen an Händen und Füßen gefesselt ist. Vielleicht muss man da überlegen, ob man generell ein freies Budget aufstellt, das mit einem entsprechenden Vertrauen verbunden ist, dass die auch wirklich das Richtige damit machen, oder man gibt noch ein paar Kriterien vor.

Etwas anderes, das ich auch noch anschließen wollte, ist die City Tax. Es hört sich natürlich total unwichtig an, die um 2,50 Euro pro Person zu erhöhen, aber 2,50 von 5 Euro sind 50 Prozent. Deswegen sind die mit den ganzen MICE-Veranstaltungen auseinandergefliegen. Das ist eigentlich auch eine sehr sportliche Steuererhöhung, wenn ich das mal so sagen darf. Das sind alles so diese Faktoren, die das Leben schwer machen.

Ich wurde noch nach Runden Tischen gefragt: Ja, es gibt sogar auch noch einen Runden Tisch der Wirtschaft bei der IHK, aber den lassen wir mal außen vor. Der Runde Tisch des Tourismus: Ich muss mal sagen, dass der, glaube ich, mittlerweile auf einem einigermaßen guten Weg ist. Der hatte aber eigentlich lange Jahre einen Geburtsfehler, unter dem auch die touristische Entwicklung ein bisschen mitgelitten hat. Er war sehr stark – das hängt mit seiner Genese zusammen – an der Hotellerie aufgehängt, was natürlich ein starker Player im Tourismus ist. Das ist von daher gar nicht verkehrt gewesen, aber zum Beispiel waren Attraktionen jahrelang überhaupt nicht gefragt an dem Tisch. Das hat sich gebessert, und insofern will ich da gar nicht meckern, sondern ich bin froh, dass man sich auf ein anderes Verfahren eingependelt hat. Es ist auch so, dass viele Verbände, die an dem Thema Tourismus dranhängen, mittlerweile begriffen haben, ja, wir haben zentral unterschiedliche Zielsetzungen, wir stehen uns da manchmal im Weg, wir sind Konkurrenten für bestimmte Dinge, aber es gibt auch eine ganze Menge interessanter Schnittmengen. Da sind wir glücklicherweise auf die Idee gekommen, dass man die auch mal bündeln und dann wiederum Politik und Verwaltung transparent machen sollte, dass es vielleicht ganz gut ist, bestimmte Hebel zu bewegen, die das Ganze weiterbringen und auch jedem einzelnen helfen.

Daraus wurde zum Beispiel das Berlin Event Board, das sich darum bemüht, die Voraussetzungen auf der administrativen und technokratischen Ebene deutlich zu verbessern, aber eben auch Politik und sonstige Verwaltungen, Großveranstaltungen hier nach Berlin zu akquirieren und beim Akquirieren auch darauf verweisen zu können, dass solche Vorhaben auch pragmatisch einigermaßen entspannt, zielgerichtet und schnell umgesetzt werden können. Daher ist das Zauberwort zum Beispiel eine sogenannte One Stop Agency. Wie das Kind heißen soll, ist noch eine andere Frage, aber das wäre sicherlich eine ganz gute Sache, dass man als derjenige, der hier nach Berlin eine Großveranstaltung bringen will, einen zentralen Ansprechpunkt hat. Das will ich auch nicht weiter ausführen.

Noch einmal kurz zum Airport: Das ist natürlich alles richtig und eigentlich niederschmetternd. Wir sind hier wieder intern. Ich würde sagen, Bashing nach außen wollen wir sowieso nicht. Das interne Diskutieren über Problemzonen, sollte aber nicht Bashing genannt werden, sondern sollte trotzdem stattfinden. Auch davor sollte man nicht weglaufen. Ich glaube, dass der Regierende Bürgermeister manchmal so eine Tendenz hat, dass er auch annahmt, dass wir nach außen hin nicht bashen dürfen, meint aber eigentlich insgeheim: Bitte lasst mich auch intern damit in Frieden. – Das ist, glaube ich, nicht der zielführende Weg. Vielleicht bin ich

ihm jetzt da ein bisschen zu nahe getreten, aber das wird er, glaube ich, verkraften. Jedenfalls: Diese Dinge sind alle wichtig.

Zum Flughafen wollte ich noch eine Sache sagen, die auch ein bisschen hinderlich ist. Das hängt vielleicht auch mit der Geburtskonstruktion des Flughafens zusammen. Es ist natürlich wichtig, wenn du in einer Weltstadt wie Berlin, London, Paris ankommst, egal an welchem Wochentag zu welcher Uhrzeit, dass du auch ein Taxi bekommst. Leider wurde ich selbst einmal Opfer an einem Samstagabend um 23 Uhr abends, als die BVG aus welchen Gründen auch immer nicht fuhr. Es war ein Desaster, ein Taxi zu bekommen. Das ist eigentlich technokratisch, wettbewerblich und unternehmerisch ein ganz einfach zu lösendes Problem. Die freuen sich ja, wenn sie Gäste haben. Aber dass es auf der politischen Ebene zu so einer merkwürdigen Proporzregelung gekommen ist, die das gerade zu den Nicht-Peak-Zeiten zu einem echten Erlebnis macht, fand ich damals jedenfalls grenzwertig.

Sonntagsöffnungen: Ich bin auch sehr dafür, dass man da einmal umdenkt. Ich habe da auch einen guten Tipp – jedenfalls ich finde den gut –: Früher hat man immer gesagt, dass das die Kirchen sind. Die wollen ja, dass die Leute sonntags in die Kirche gehen. Das ist aber gar nicht mehr so, sondern das sind jetzt eher die Gewerkschaften und bestimmte politische Betrachtungsweisen. Ich finde, dass das im 21. Jahrhundert unzeitgemäß ist. Wir haben heute nicht mehr den Steinzeitmenschen, den Kapitalismus auf allen Ebenen, dass man solche steinzeitlichen Positionen hier immer noch durchdrücken muss. Diejenigen, die Mitarbeiter vor der Sonntagsarbeit schützen wollen, sollen mal ihre Klientel auch einmal ernst nehmen, nämlich als mündige Arbeitnehmer und Staatsbürger, und wenn die sonntags lieber arbeiten wollen, damit sie dienstags frei haben: Why not? – Das sind alles Dinge, schwierig.

Ich wurde noch gefragt, ob die Privaten kreativ genug sind, die Krisen auszusitzen. Ja, da ist etwas dran, würde ich einmal behaupten. Ich kann da auch noch aus einem anderen Bereich berichten. Ich habe 27 Jahre den Wintergarten geleitet, einen Kulturbetrieb. Da wurde früher immer gesagt: Ihr seid ja privat, also kommerziell orientiert, also per definitionem gar nicht qualifiziert für öffentliche Zuschüsse oder jedenfalls nicht für öffentliche Förderungen, vielleicht mal hier einen Zuschuss zu bekommen. – Dann hat man immer gesagt: Keiner zwingt euch, das Theater aufzumachen, ihr müsst schon irgendwie klar kommen. – Dann haben wir gesagt: Mittlerweile gibt es aber leider auch ein paar Wirtschaftsbetriebe, die auch privat sind, aber Förderung bekommen. – Mit diesen Dingen will ich Sie gar nicht nerven, aber das sind so Dinge, womit man sich als privater Unternehmer, der eine Kulturinstitution betreibt, herumschlagen muss, nicht nur die drei Opernhäuser und der Friedrichstadtpalast und so etwas, sondern auch das Schlosspark Theater, das Renaissance-Theater, das Prime Time Theater bekommen mittlerweile alle Geld, der Wintergarten ungefähr gar nichts, das Chamäleon Berlin Theater ist eine gemeinnützige GmbH, bekommt ein bisschen mehr. Ich will nur sagen, dass diese Dinge einfach schwierig sind. Die privaten werden eigentlich tendenziell immer versuchen, eine Lösung zu finden und auch primär eine Lösung zu finden, wo sie nicht am staatlichen Tropf hängen müssen, weil das auch mit unternehmerischer Freiheit zu tun hat. Was man aber nicht will – und das ist ein schönes Zitat vom Roncalli-Gründer und -Besitzer Bernhard Paul –: Die beste Subvention ist weniger Behinderung. – Da sind wir wieder bei so Sachen wie Bürokratieabbau und solchen Dingen. – Dass wir alle unterm Fachkräftemangel leiden, ist auch klar. Das haben wir schon gesagt.

Noch kurz zu dem Müllproblem: Natürlich hilft es, wenn technokratisch dieser Müll irgendwie von irgendwelchen Leuten angepackt wird und verschwindet, wenn es mehr Behältnisse gäbe und so weiter. Das sind alles Dinge, die so oder so sein müssen. Ich glaube aber, dass nichts daran vorbeiführen wird, zumindest einmal anzufangen darüber nachzudenken, wie wir in der gesamten Bevölkerung von Berlin, Stadt und Land, Bezirke, alle, diese Denke ändern, dass wir selbst etwas dafür tun müssen. Wenn wir hier noch einmal an unseren USP denken, müssen wir da zwei Ebenen betrachten: Einerseits ist es für die touristische Wirtschaft wichtig, dass diejenigen Leute anerkannt werden, die überhaupt mal für diesen Magnetismus sorgen. Natürlich: Berlin, geteilte Stadt, hat eine einzigartige Geschichte in der ganzen Welt wahrscheinlich, das ist schon ein Teil der Wahrheit, was auch die Leute herholt, aber es sind halt eben nicht nur die Museumsinsel, die drei Opernhäuser, der Friedrichsstadt-Palast, sondern wir alle bei INTOURA, die diesen Magnetismus ausüben, der die Gäste dieser Stadt hierherzieht. Dann werden sie von Gastronomie und Hotellerie super behandelt. Das ist am Ende des Tages auch wichtig, dass die Leute auch wiederkommen.

Da sind wir beim zweiten Thema: Wir müssen beides denken. Wir müssen den Magnetismus denken, stärken und fördern, der die Menschen in unsere Stadt holt, und wir müssen aber auch darauf achten, wenn sie einmal da sind, dass sie nicht gleich das letzte Mal dagewesen sind, dass sie 2-, 3-, 15-mal wiederkommen. Das ist aus unserer Sicht auch wichtig. Dann sind wir bei der abgerundeten Überschrift: Wir glauben alle, wir bei INTOURA jedenfalls, dass es momentan zumindest an einer übergeordneten Vision, hinter der sich möglichst viele versammeln können, mangelt, oder sagen wir es mal anders: vielleicht ein neues sexy Narrativ. Ich glaube, wenn da jemand sich den Nobelpreis verdienen möchte: Her damit! Das würde uns allen, glaube ich, helfen. Ich habe die Antwort leider nicht, sonst würde ich sie verkünden. Ich glaube aber, dass die Aufgabenstellung ist, dass wir für die Zukunft, 2040/2050, ein Narrativ schaffen müssen, das alles mitumfasst – Olympia, Expo, Bauausstellung, wir wollen das alles.

Einen letzten Punkt hätte ich noch, wenn es die Uhr noch hergibt. Das dauert vielleicht zwei Minuten. Es wäre mir ein Anliegen, dass das vielleicht auch mal in einem anderen Ausschuss des Abgeordnetenhaus behandelt wird, aber das ist eigentlich auch ein Thema, das die SenWiEnBe betrifft. Ich finde, dass es sowohl den Bürgern der Stadt als User der Stadt und als Steuerzahler helfen würde, als auch die Besucher der Stadt erfreuen würde. Ein Beispiel zum Thema wohl verstandene Nachhaltigkeit: Ich hatte in den 27 Jahren meines Wirkens im Wintergarten öfters das Vergnügen, meistens mit dem Fahrrad, manchmal mit dem Auto, aber auch sehr oft mit einem BVG-Bus von Schöneberg zum Wintergarten zu fahren. Fahren Sie mal mit irgendeinem BVG-Bus vom Kleistpark bis zur Bülowstraße. Wenn Sie Glück haben, ist es ein neuer, der klappert nicht so viel, wenn Sie Pech haben, ist es ein schlecht gewarteter, der sehr viel klappert. Der fährt über diese schlecht geflickten Straßen, wo hier in Berlin die Bezirkskoordination auch suboptimal ist. In dem einem Bezirk wird eine Straße aufgerissen, dann ist der Bezirk zu Ende, und dahinter geht es mit der Baustelle nicht weiter. Das Ausschreibungskriterium ist auch oft, dass der günstigste Anbieter den Zuschlag bekommt. Günstig wird immer nur nach dem Preis, der im Moment unten rechts steht, betrachtet, und nicht, ob die Straße auch in 10 oder 15 Jahren noch hält.

Wir haben auf dieser kurzen Strecke, das ist vielleicht ein Kilometer, eine Anordnung von Schlaglöchern und schon wieder eingesunkenen Stellen in der Straße, die nicht nur ästhetisch blöd sind. Da fahren alle Autos drüber, und unter anderem auch die BVG-Busse. Die BVG-

Busse speziell und die Lkws machen diese Löcher noch schlimmer. Die schlecht geflickte Straße wird dann wieder aufgerissen und von den Bussen kaputtgemacht. Weil die Straße so schlecht ist und immer schlechter wird, macht die die Busse kaputt. Deswegen hat die BVG kein Geld, die zu reparieren, weil so viele Busse kaputt sind. Diesen Zusammenhang zu erkennen und mal etwas dagegen zu machen, wäre super. Da wäre ich richtig dankbar, und zwar als Bürger der Stadt, aber auch als Anwalt der Menschen, die wir hier einladen, die Stadt zu besuchen. Die finden das bestimmt auch nicht lustig. Das tut richtig weh, wenn sie durch diese Schlaglöcher rumpeln. – Vielen Dank, dass ich das noch sagen durfte!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! Wir empfehlen den Verkehrsausschuss für das Thema, das wäre eine interessante Debatte mit den Kolleginnen und Kollegen! – Dann darf ich mich bei Ihnen allen bedanken, dass Sie heute hier waren und uns zur Verfügung standen! Mein Vorschlag wäre, dass wir die TOP 2 b bis e jetzt schließen, und dass wir den TOP 2 a, das habe ich schon gesagt, eine Sitzung vertagen, weil anders als beim Vergabegesetz die möglichen Änderungsanträge hier im Wirtschaftsausschuss zu machen sind. Dann finde ich es einfach fair, nicht mit irgendeiner Tischvorlage zu kommen, sondern allen die Möglichkeit zu geben, aufgrund der Anhörung heute darüber noch einmal nachzudenken. Deshalb wäre das der Vorschlag: TOP 2 a wird vertagt, und die anderen Punkte schließen wir ab. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann machen wir das so. – Dann noch einmal vielen Dank an Sie alle! Guten Heimweg und gute weitere Termine. – Für Sie, Herr Kieker, alles Gute! Zum Schluss haben Sie noch die Kurve mit dem BER und der Lufthansa bekommen. Vielen Dank dafür! Vorher habe ich alles andere gehört, aber nicht die Lufthansa. Es ist aber genau der Punkt. Wir schicken Ihnen mal unsere Antwort der Flughafengesellschaft, damit Sie sich damit einmal beschäftigen. Die ist detailliert und ausführlich. In dem Sinne alles Gute an Sie!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bilanz und Perspektive der Kreativwirtschaft in
Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0265](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.02.2026

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.